

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 29



KARL MAI
Rückblick auf die 80er Jahre
der DDR-Wirtschaft
Daten, Klarstellungen
und Bewertungen

DISKURS · STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 29

Rückblick auf die 80er Jahre der DDR-Wirtschaft

Daten, Klarstellungen und Bewertungen

Karl Mai

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
LEIPZIG 2008

ISBN 978-3-89819-294-1

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2008
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig
Telefon (0341) 9 60 85 31 · Fax (0341) 2 12 58 77
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de
RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Umschlaggestaltung: Daniel Neuhaus unter Verwendung eines Fotos
»VEB Gaskombinat« aus Heinz Heitzer / Günther Schmerbach: Illustrierte
Geschichte der DDR. Berlin 1985.
Redaktion: Joachim Tesch / Lutz Höll
Satz: Lutz Höll
Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH, Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Vorbemerkung.....	5
1. Zur DDR-Wirtschaftsdynamik in den 80er Jahren	7
1.1. Wachstumsraten und Wirtschaftsstruktur	8
1.2. Investitionsquoten	11
1.2.1. Brutto-Investitionen nach Umstellung auf die Methodik der BRD-Statistik.....	13
1.2.2. Brutto-Investitionen nach Umrechnung auf Preisbasis 1995 in Euro	15
1.2.3. Netto-Investitionen	17
1.3. Zum Umfang und Verschleißgrad des Kapitalstocks.....	19
1.3.1. Zur Lage in den Wirtschaftsbereichen	20
1.3.2. Zum Wohnungsbau in der Endphase der DDR	24
1.4. Zum Stand der volkswirtschaftlichen Produktivität 1989 ...	26
1.5. Zur Verknappung der Brennstoff- und Rohstofflieferungen für die DDR.....	29
1.6. Zur ökologischen Misere und ihren Ursachen.....	31
2. Zur Staatsverschuldung der DDR 1989/90	35
2.1. Zur Außenverschuldung	37
2.2. Zur inneren Verschuldung.....	43
3. Einige historische Besonderheiten der DDR-Geschichte ..	45
3.1. Spezielle Ursachen/Faktoren der Ausgangslage	45
3.2. Grundsätzliche Unterschiede der Wirtschaftsordnung zur Marktwirtschaft	53

4.	Ein Blick zur BRD vor 1990	56
5.	Fazit und Sichtweisen zur Endlage der DDR-Wirtschaft ...	59
Anhang		
	Abkürzungsverzeichnis	69
	Ausgewählte Literatur	70
	Zum Autor	72

Vorbemerkung

Der in Bundesdiensten tätige Historiker Stefan Wolle verkündete noch 1998 in vermeintlicher Klarsicht: »Das Ende der DDR trug alle Züge eines betrügerischen Bankrotts. Jahrelang hatte man über seine Verhältnisse gelebt, Bilanzen gefälscht, Geldgeber hintergangen, den Scheinwohlstand mit immer neuen Schulden bezahlt.«¹ »Über seine Verhältnisse gelebt« und »Scheinwohlstand mit immer neuen Schulden bezahlt« erinnern inzwischen an das verteufelte Verschuldungsszenario der Protagonisten eines verschärften »Sparkurses« im gegenwärtigen Deutschland – die Dimension der Staatsverschuldung hat sich jetzt gegenüber der DDR-Endlage in Gesamtdeutschland drastisch erhöht, besonders auch bezüglich des Anteils ausländischer Geldgeber des hoch kreditierten Fiskus der BRD.

Der »Bankrott der DDR« indessen ist fester Bestandteil der in Medien verbreiteten Version des »öffentlichen Bewusstseins« über das Ende der DDR. Auffälliges Beispiel hierfür bildet die Ausschlachtung des dramatisierten »Staatsbankrotts der DDR« in der Neuauflage des Buches von Uwe Müller »Supergau Deutsche Einheit«.² Um die DDR wirksamer in sozialpolitischer Sicht zu delegitimieren, wird die öffentliche und die über die Schulbildung vermittelte Sicht auf die ökonomische Lage der DDR extrem »schwarz gemalt« und von ihrem historischen Umfeld und erzwungenen Entwicklungsweg oft isoliert bewertet. So kann man z. B. bei Klaus Schröder ohne Angabe von Fakten abwertend nachlesen, die DDR befand sich »auf dem Niveau eines europäischen Schwellenlandes, etwa Portugal oder Griechenland«.³ Gleichzeitig erfolgt damit eine Art »Rechtfertigung« für die von vielen als gescheitert erkannte Vereinigungsökonomie, die mit dem ökonomischen Rückstand und Zustand der DDR-Wirtschaft kausal verknüpft wird.

1 Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. 2. Aufl. Berlin 1998. S. 190.

2 Uwe Müller: Supergau Deutsche Einheit. Vollst. überarb. u. erw. Aufl. Reinbek bei Hamburg 2006. S. 58ff.

3 Klaus Schröder: Der Preis der Einheit – eine Bilanz. München / Wien 2000. S. 58.

Der Mythos des DDR-Staatsbankrotts verstellte auch die Sicht Richard Schröders, der unkritisch anführte, Schürer habe 1989 zugegeben, »der Westimport des Jahres übersteige den Westexport um 14 Mrd.«⁴ Bei Dieter Grosser kann man dagegen nachlesen, dass die gesamten DDR-Westimporte 1989 13,9 Mrd. DM erreichten, die Exporte dorthin jedoch 12,9 Mrd. DM betrugten.⁵

Noch bis 1988 war in Westdeutschland die von der dortigen Forschung gestützte Auffassung allgemein verbreitet, dass die Wirtschaftsleistung je Einwohner in der DDR vor derjenigen von England und Italien rangiere.⁶ Tatsächlich rangierte die DDR zuletzt nach England und vor Spanien, wie Siegfried Wenzel schon 1998 richtig stellte.⁷

In enger Verbindung mit der Korrektur dieser Bewertung seit der Vereinigung steht auch die Legende von der »total maroden DDR«. Nach der Deindustrialisierung durch die Treuhandanstalt (THA) und ihrer nachgelassenen Verschuldung wurde diese Legende von der »total maroden DDR« im öffentlichen Bewusstsein verbreitet. Sie diente schon immer auch dem Ziel, die DDR nachträglich in den Augen der Ostdeutschen herabzusetzen sowie ein ideelles »Trostpflaster« auf die sozialen Wunden der Transformationskrise Ost und der hohen Arbeitslosigkeit in den östlichen Bundesländern zu drücken.

Achtzehn Jahre nach der Vereinigung ist das Bild der DDR rückwirkend aus ökonomischer Sicht im Ost-West-Vergleich zu präzisieren. Die Schwarz-Malerei ist zu relativieren und die Bewertungen sind enger an den nachprüfbaren Fakten zu orientieren. Die nachfolgenden Ausführungen zur »total maroden DDR« und zum »Staatsbankrott« stützen sich insgesamt auf eine Reihe von Angaben und Veröffentlichungen bis in die jüngste Zeit (siehe auch die Literaturliste im Anhang).

4 Richard Schröder: Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Vereinigung. Freiburg im Breisgau 2007. S. 72.

5 Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion – politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln. [= Reihe Geschichte der Deutschen Einheit. Bd. 2.] Stuttgart 1998. S. 47.

6 Siehe auch: Wirtschaft auf einen Blick. Köln 1988. S: 116 (Schaubild). – Die Sachlage wird auch von Jörg Roesler kommentiert in Wolfgang Thierse / Ilse Spittmann-Rühle / Johannes L. Kuppe (Hrsg.): Zehn Jahre Deutsche Einheit. Opfaden 2000. S. 52f.

7 Siegfried Wenzel: Plan und Wirklichkeit – Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen. St. Katharinen 1998. S. 176.

1. Zur DDR-Wirtschaftsdynamik in den 80er Jahren

Die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR und ihr Vergleich mit der BRD bis 1989 stieß lange auf erhebliche Schwierigkeiten, da die damals in den beiden Staaten verwendeten statistischen Begriffe und veröffentlichten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht direkt vergleichbar sind.

So unterscheiden sich auch die zentralen Kategorien Nationaleinkommen (Volkseinkommen) bzw. Bruttoinlandsprodukt wesentlich: Das in der DDR berechnete Nationaleinkommen umfasste nur die Erwerbseinkommen und Gewinne des so genannten Produzierenden Bereichs, während das in der BRD berechnete Bruttoinlandsprodukt (BIP) sich auf alle Wirtschaftsbereiche bezog und außer den Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen auch die Abschreibungen auf die Anlagen einschließt. Dem Nationaleinkommen in der DDR entspricht inhaltlich das »Volkseinkommen« in der BRD (Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen), allerdings quantitativ unterschiedlich, bezogen einerseits nur auf die »Produzierenden Bereiche«, andererseits auf alle Wirtschaftseinheiten.

Umso größer ist der Verdienst von Gerhard Heske zu werten, der als langjähriger Insider der DDR-Statistik deren umfangreichen Fundus an Primärdaten entsprechend der in der Bundesrepublik für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) geltenden Methodik und Preisbasis aufbereitet und im Jahre 2005 in einer Monographie veröffentlicht hat.⁸ Auf diese Weise stehen solide Angaben für Entwicklungs- und Niveauvergleiche zur Verfügung.

8 Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. Neue Ergebnisse einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. In: Historical Social Research. Supplement No. 17. Zentrum für Historische Sozialforschung Köln. Köln 2005. – Siehe auch die kürzere Fassung: Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland 1970 bis 2000 – Neue Ergebnisse einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. In: Historical Social Research. Vol. 30. Heft 2. Köln 2005. S. 238–328.

1.1. WACHSTUMSRATEN UND WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

Die langjährigen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts der DDR brauchen den Vergleich mit Westdeutschland nicht zu scheuen, wie die neueren Untersuchungsergebnisse von Gerhard Heske zeigen: Zwischen 1970 und 1989 stieg das BIP der DDR auf 184 Prozent und in der früheren BRD auf 156 Prozent (zu vergleichbaren Preisen 1995 in Euro).⁹

Die volkswirtschaftliche Leistung (BIP je Einwohner) stieg von 1970 bis 1989 in der DDR auf 189 Prozent und in der BRD auf 152 Prozent, was eine eindrucksvolle Steigerung der DDR-Produktivität für diesen ganzen Zeitraum bedeutete. Ähnliches gilt für eine Unterteilung dieser Zeitspanne: Von 1970 bis 1980 wuchs das BIP je Einwohner in der DDR auf 148 Prozent, in der alten BRD auf 129 Prozent, also auch schon schneller. Und von 1980 bis 1989 stieg das BIP je Einwohner in der DDR auf 128 Prozent und in der alten BRD auf 118 Prozent, also im letzten Jahrzehnt insgesamt ebenfalls schneller.¹⁰

Dies war das generelle Ergebnis der enormen Anstrengungen der DDR zur wirtschaftlichen Entwicklung, das in diesem zwanzigjährigen Zeitraum mit durchschnittlich 3,3 Prozent zu höheren jährlichen Wachstumsraten gegenüber der BRD führte.¹¹ Vergleichsweise stieg nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes »das Bruttoinlandsprodukt für das frühere Bundesgebiet in der Zeit von 1970 bis 1980 um durchschnittlich 2,9 % pro Jahr und im Zeitraum 1980 bis 1991 um durchschnittlich 2,6 % pro Jahr.«¹²

Dieser statistische Langzeitbefund wird manchen Leser überraschen. Er zeigt jedoch ab 1970 eine wachsende quantitative Leistungskraft der DDR, die das Bild von der »maroden DDR« auch im Vergleich mit Westdeutschland vor 1989 deutlich aufhellt.

In den letzten fünf Jahre DDR-Existenz blieben die jährlichen ostdeutschen Wachstumsraten des BIP durchschnittlich um 0,3 Prozent gegenüber der alten BRD zurück.¹³ Dies hatte seine Ursache auch im

9 Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. S. 51.

10 Ebenda. S. 53.

11 Ebenda. S. 52.

12 Statistisches Bundesamt. Presse-Mitteilung vom 5.9.2006 im Internet.

13 Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. S. 52.

Außenbeitrag der DDR-Wirtschaft, der z. B. 1985 bei +7,7 Mrd. Euro und 1989 bei +5,8 Mrd. Euro lag und damit die inländische Verwendung des BIP für Investitionen herab minderte.¹⁴

Von 1971 bis 1985 hatte auch das Volkseinkommen der DDR hohe Wachstumsraten:¹⁵ Für das »produzierte Volkseinkommen« waren dies im Zeitraum 1971 bis 1975 30,1 Prozent, von 1976 bis 1980 22,4 Prozent und von 1981 bis 1985 24,9 Prozent. Erst in den Jahren 1985 bis 1989 trat hier ein Rückschlag ein, der für vier Jahre nur 13,2 Prozent ergab. Für den Gesamtzeitraum von 1981 bis 1989 war immerhin ein Zuwachs von 41,3 Prozent des »produzierten Volkseinkommens« zu verzeichnen, dem aber nur ein Zuwachs der inländischen Verwendung von 22,9 Prozent gegenüberstand.

In den einzelnen Wirtschaftszweigen der DDR ergaben sich im letzten Jahrzehnt ihrer Existenz gegenüber 1980 folgende Zuwächse in der Bruttowertschöpfung (siehe Tabelle 1):

Tabelle 1: Zuwächse in der Bruttowertschöpfung 1985 bzw. 1989 gegenüber 1980 (auf Preisbasis 1995 in Euro)

Jahr	Insgesamt	Land- u. Forstw., Fische- rei	Produz. Gewerbe ohne Bau	Bauge- werbe	Handel, Gast- werbe Verkehr	Finanz., Vermiet., Untern.- Dienstl.	Öffentl. u. private Dienstl.
1985	117,1	127,4	118,7	120,0	114,8	104,7	117,3
1989	127,3	109,3	129,2	134,9	129,5	119,3	124,2

Quelle: Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. Neue Ergebnisse einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Köln 2005. S. 57; eigene Umbasierung auf 1980.

14 Ebenda. S. 58.

15 Auf Basis des »Statistischen Jahrbuches der DDR 1990« (Berlin 1990.S. 13f.) berechnet von Gernot Gutmann / Hannsjörg F. Buck: Die Zentralplanwirtschaft der DDR – Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz. In: Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren. [= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren. Hrsgg. von Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig. Bd. 2.] Opladen 1996. S. 16.

Das letzte Jahrzehnt der DDR war hiernach durch einen beachtlichen Zuwachs in der Bruttowertschöpfung von insgesamt 27,3 Prozent gekennzeichnet, darunter im Produzierenden Gewerbe um 29,2 Prozent und im Baugewerbe um 34,9 Prozent. Der Zuwachs betrug für die Wertschöpfung insgesamt von 1980 bis 1985 17,1 Prozent und von 1980 bis 1989 27,3 Prozent. In den letzten fünf Jahren – bis 1989 – war die Bruttowertschöpfung insgesamt gegenüber 1985 noch auf 109 Prozent angestiegen.

Zum Vergleich folgen nun auch die Angaben zur Steigerung der Bruttowertschöpfung für den Zeitraum zwischen 1970 und 1989 (Preisbasis 1995): DDR insgesamt auf 186 Prozent, darunter im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) auf 190 Prozent und im Baugewerbe auf 169 Prozent. Diese Zuwächse erhöhten den DDR-Anteil an der gesamtdeutschen Wirtschaftsleistung in BIP wie folgt: zwischen 1970 bis 1989 von 11,2 auf 12,9 Prozent. Der Anteil an der gesamtdeutschen Wertschöpfung ist von 12,1 auf 13,9 Prozent angestiegen.¹⁶

Das Produzierende Gewerbe (einschließlich Bau) erreichte 1989 in der DDR einen hohen Wertschöpfungsanteil von 49,3 Prozent, der seit 1970 nur um 0,6 Prozent-Punkte gesunken war. In der alten BRD wurde dieser Anteil inzwischen mit 37,0 Prozent um 9,2 Prozent-Punkte niedriger ausgewiesen.¹⁷ Dies drückt Unterschiede in der Zweigstruktur der DDR-Wirtschaft gegenüber der BRD aus, die aus der spezifischen Energiebasis sowie der Integration in verschiedene Marktbe-
reiche und Marktmechanismen entsprangen (siehe Tabelle 2 auf der gegenüberliegenden Seite).

Die großen Unterschiede in den beiden Dienstleistungsbereichen folgten aus der Eigentums- und Sozialstruktur, die für die privaten und öffentlichen Dienstleistungen quantitativ verschiedene Wirkungsfelder und qualitativ andere Aufgaben infolge der abweichenden Eigentumsstruktur und anderen systembedingten Zielsetzungen einräumte.

Innerhalb des »Produzierenden Gewerbes« (= 100) lag der Anteil des »Verarbeitenden Gewerbes« der DDR mit 65,6 Prozent deutlich unter dem BRD-Anteil von 91,2 Prozent bei der Bruttowertschöpfung

16 Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. S. 92f.

17 Ebenda. S. 54f.

Tabelle 2: Struktur der Bruttowertschöpfung im Vergleich
DDR-BRD für 1989 (Angaben in Prozent)

Land % =100	Land- u. Forstw., Fische- rei	Produz. Gewerbe ohne Bau	Bauge- werbe	Handel, Gast- werbe Verkehr	Finanz., Vermiet., Untern.- Dienstl.	Öffentl. u. private Dienstl.
DDR	2,1	36,3	13,0	13,4	6,7	28,5
BRD	1,2	30,7	6,5	16,7	24,5	20,6

Quelle: Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. S. 54f.

für 1989.¹⁸ In der DDR wurde ein wesentlich höherer Anteil von den Zweigen Energie- und Wasserversorgung sowie Bergbau und Steine und Erden erbracht. »Hintergrund dieser krassen Unterschiede war die Spezifik der Sicherung der Energieversorgung auf Basis der einheimischen Braunkohle in Ostdeutschland.«¹⁹ Die Energiewirtschaft auf Basis der einheimischen Braunkohle erforderte ständig auch einen relativ sehr hohen Anteil der industriellen Investitionen zum Nachteil der übrigen Wirtschaftszweige. Dieser geologische Faktor der Energiebasis belastete die Wachstumsraten in der gesamten Zeit der DDR nachhaltig negativ und konnte in keiner Weise kompensiert werden.

1.2. INVESTITIONSQUOTEN

Als Investitionsquote ist allgemein in der VGR der Anteil der Bruttoanlageninvestitionen am Bruttoinlandsprodukt definiert.²⁰

Nach Forschungsangaben von 1995 verringerte sich zwischen 1975 und 1989 die gesamte Brutto-Investitionsquote von 31,4 Prozent auf

¹⁸ Ebenda. S. 56.

¹⁹ Ebenda. S. 57.

²⁰ Diese Definition darf nicht mit der in der DDR-Statistik üblichen verwechselt werden, die darunter auch das Verhältnis von Warenproduktionszuwachs zu Investitionen verstand.

29,5 Prozent, stieg jedoch im Industriebereich von 14,8 auf 17,0 Prozent des im Inland verwendeten Nationaleinkommens an (Preisbasis 1985).²¹ Die absoluten Größen betragen im Industriebereich für 1975 26,3 Mrd. Mark und für 1989 44,5 Mrd. Mark der DDR, d. h. der Umfang erhöhte sich auf 169 Prozent zu Preisen von 1985. Dies steht in sachlichem Widerspruch zur Aussage von Günter Kusch, der 1991 erklärte: »Eigene Berechnungen ergaben, dass das preisbereinigte physische Volumen der Investitionen im produzierenden Bereich 1987 mit 32,3 Milliarden Mark nicht größer war als im Jahre [...] 1975.«²² Von Stagnation oder sogar einem Rückgang speziell der Brutto-Industrieinvestitionen kann folglich in diesem langen Zeitabschnitt der DDR (1975 bis 1987) nach den Daten von Heske keine Rede sein.

Allerdings gab es jährliche Schwankungen in der Gesamtsumme der Bruttoinvestitionen der Volkswirtschaft und daher stagnierende Zeitabschnitte. Klaus Steinitz hebt hervor, dass zwischen 1976 bis 1980 und zwischen 1981 bis 1985 die Bruttoinvestitionen auf vergleichbarer Preisbasis annähernd gleich hoch waren.²³ In den letztgenannten Zeitabschnitt fällt eine Periode deutlich höherer DDR-Handelsbilanzüberschüsse zwecks Tilgung der Devisenkredite. Faktisch waren die Bruttoinvestitionen in der vorangegangenen Zeit von 1976 bis 1980 durch die Importe aus Devisenkrediten angehoben (»überhöht«), so dass demgegenüber im Folgezeitraum die Investitionen durch forcierte Tilgungen zwangsläufig stagnierten.

André Steiner berichtet: »Dabei lag das Investitionsvolumen zwischen 1982 und 1986 absolut unter dem Niveau von 1981.«²⁴ Gemeint sind hier gesamten Bruttoinvestitionen. Wie sich nach den Berech-

21 Lothar Baar / Uwe Müller / Frank E.W. Zschaler: Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen. Investitionen und Budget in der DDR 1949 bis 1989. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1995: Quantitative Wirtschaftsgeschichte der DDR. Berlin 1995. S. 67.

22 Günter Kusch: Schlussbilanz – DDR: Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Berlin 1991. S. 24.

23 Klaus Steinitz: Wirtschaft bankrott? DDR-Ökonomie Ende der achtziger Jahre. In Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe. Berlin 2004. S. 77.

24 André Steiner: Von Plan zu Plan – eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. München 2004. S. 208.

nungen von Heske (auf Preisbasis 1995) zeigt, gilt dies nur für die Jahre 1982 bis 1984.²⁵ Der durchschnittliche Rückgang gegenüber 1981 betrug hiernach 5,5 Prozent und spiegelt die Anstrengungen zur Tilgung von Westkrediten in diesem Zeitraum.

Im »nichtindustriellen Produktionsbereich«²⁶ schwankte die Investitionsquote (brutto) in den 80er Jahren: sie übertraf zwar das Niveau der 50er Jahre, blieb aber im Durchschnitt unter dem Niveau der 60er und 70er Jahre und lag 1989 bei 6,7 Prozent des verwendeten National-einkommens (auf Preisbasis 1985).²⁷

1.2.1. Brutto-Investitionen nach Umstellung auf die Methodik der BRD-Statistik

Nach methodischer Umstellung und Umrechnung der statistischen Primärdaten aus der DDR-Zeit auf die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der BRD (VGR) ist seit 1997 als empirisch nachgewiesen zu betrachten: Die gesamten Brutto-Anlageninvestitionen (einschließlich Bauinvestitionen) für 1985 in Höhe von 64,6 Mrd. M erreichten im Jahr 1989 93,0 Mrd. M und stiegen damit auf 144 Prozent (zu laufenden Preisen). Berücksichtigt man die Veränderung des Preisindex für die Brutto-Anlageinvestitionen in Höhe von 118 Prozent für diesen Zeitraum,²⁸ so betrug dieser Anstieg real etwa 122 Prozent.

Diese aus den Primärdaten abgeleiteten neueren Angaben »umfassen die Ergänzungen des materiellen Investitionsvolumens aus der Berichterstattung der einzelnen Wirtschaftsbereiche um die Generalreparaturen, den Aufwand für die Modernisierung von Wohnbauten durch die Baubetriebe und die privaten Haushalte, die Investitionen und Werterhaltungsmaßnahmen der öffentlichen Hand für die Ver-

25 Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. S. 250.

26 Beachte den Unterschied zu »Nicht produzierende Bereiche«.

27 Lothar Baar / Uwe Müller / Frank E.W. Zschaler: Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen. Investitionen und Budget in der DDR 1949 bis 1989. S. 67.

28 Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. S. 185, Tabelle; eigene Umrechnung auf Basis 1985.

kehrsinfrastruktur«.²⁹ (In welchem Umfang hierin die DDR-Importpreise gesondert preiserhöhend wirksam waren, ist nicht abgrenzbar.)

Im Vergleich zur BRD, die in diesem Zeitraum (1985 bis 1989) ihre Brutto-Investitionen auf 117 Prozent (Preisbasis 1991) erhöhte,³⁰ ist dieser Anstieg in der DDR auf real 122 Prozent eine Leistung, die bei einem insgesamt krisenhaften Endzustand der Wirtschaft nicht erreichbar gewesen wäre.

Für eine Darstellung der Struktur der DDR-Brutto-Ausrüstungsinvestitionen liegen nur Angaben in laufenden Preisen vor – siehe Tabelle 3. (Für die Entwicklung der Investitionen von 1985 bis 1989 sind die Daten infolge der laufenden Preisangaben nicht ohne Korrektur durch den Preisindex verwendbar.)

Tabelle 3: Struktur der Brutto-Ausrüstungsinvestitionen in der DDR-Endzeit

in Mark der DDR Basis lfd. Anschaffungspreise	1985	1989	Struktur	
			1985 %	1989 %
DDR-Brutto-Ausrüstungsinvestitionen	30,6	52,3	100,0	100,0
dar: Landw., Forstw., Fischerei	1,9	3,6	6,2	6,9
Produz. Gewerbe	21,9	39,4	71,6	75,3
Energiewirtschaft	2,8	4,0	9,1	7,6
Bergbau	2,6	3,9	8,5	7,5
Verarb. Gewerbe	15,8	30,1	51,6	57,6
Baugewerbe	0,7	1,4	2,2	2,7
Handel	0,7	1,1	2,2	2,6
Verkehr	3,6	4,2	11,7	8,0
Nachrichtlich:				
Wohnungsvermietung (Bauinvest.)	9,3	9,5	–	23,0

Quelle: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1997. Berlin 1997. S. 65;
eigene Berechnung der Strukturangaben.

²⁹ Udo Ludwig / Reiner Stäglin: Die gesamtwirtschaftliche Leistung der DDR in den letzten Jahren ihrer Existenz – Zur Neuberechnung von Sozialproduktdaten für die ehemalige DDR. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1997: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung im internationalen Vergleich. Berlin 1997. S. 66.

³⁰ BMWI: Wirtschaft in Zahlen '95. Bonn 1995. S. 47.

Der extrem hohe Anteil der DDR-Ausrüstungsinvestitionen für Energiewirtschaft und Bergbau (1985 17,6 Prozent und 1989 15,1 Prozent) war eine Folge der Umstellungen der Energieerzeugung von Heizöl auf einheimische Rohbraunkohle in den 80er Jahren und der hohen Aufwände eines sich geologisch stark verschlechternden Braunkohlenabbaus; er ging offenbar zulasten der benachteiligten Sektoren wie z. B. Bauwirtschaft, Handel und Verkehr, aber ebenfalls zulasten der Querschnittsbereiche der investiven Umweltschutzmaßnahmen.

Die Bauinvestitionen insgesamt stiegen zwischen 1985 und 1989 von 34,0 Mrd. Mark auf 40,7 Mrd. Mark (zu laufenden Preisen) an, darunter bei der Wohnungsvermietung von 9,3 Mrd. Mark auf 9,5 Mrd. Mark. Damit entfielen 1989 10,2 Prozent aller Anlageninvestitionen auf den »nicht-produktiven« Bereich der Wohnungsbauten, womit zuletzt der hohe Anteil der Anlageninvestitionen für die Energiewirtschaft fast erreicht wurde.⁵¹

1.2.2. Brutto-Investitionen nach Umrechnung auf Preisbasis 1995 in Euro

Seit 2005 liegen nach neuesten Forschungsergebnissen von Heske Ergebnisse der statistischen Umrechnung auf Preisbasis 1995 in Euro auch für den Vergleich in der DDR-Zeit zwischen 1980 und 1989 vor. Danach betrug der Anteil der Brutto-Investitionen an der Inländischen Verwendung des BIP 1980 24,0 Prozent, 1985 22,6 und 1989 23,3 Prozent.⁵²

Die absolute Höhe der Brutto-Investitionen betrug 1970 29,7 Mrd. Euro, 1975 33,7 Mrd. Euro, 1980 40,4 Mrd. Euro, 1985 41,0 Mrd. Euro und 1989 47,1 (!) Mrd. Euro (auf einheitlicher Preisbasis 1995). Diese Daten zeigen einen Anstieg der Brutto-Investitionen ab 1980 bis auf 117 Prozent allein für das letzte DDR-Jahrzehnt.⁵³ Einen relativen und absoluten Rückschlag gab es in den Jahren von 1982 bis 1984 u. a.

51 Udo Ludwig / Reiner Stäglin: Die gesamtwirtschaftliche Leistung der DDR in den letzten Jahren ihrer Existenz. S. 64.

52 Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. S. 59.

53 Ferner widerlegen die Daten die Aussage, dass sich das physische Volumen der Investitionen von 1970 bis 1989 nicht mehr deutlich entwickelt hätte.

infolge der exportabhängigen forcierten Tilgungen von Westkrediten zu Lasten der binnenwirtschaftlichen Endverwendung. Ab 1985 überstieg die absolute Höhe der Bruttoinvestitionen wieder den Stand von 1981, um dann bis 1989 auf 113 Prozent gegenüber 1985 anzusteigen.³⁴

Nach den Daten von Heske lässt sich zeigen, welchen Betrag die jährliche Summe aus den Brutto-Investitionen plus/minus den saldierten Außenbeiträgen im Zeitverlauf von 1978 bis 1989 erreichte – als Ausdruck der Gesamtverwendung der Wertschöpfung ohne jeden Konsumtionsanteil. Diese summarische materielle Gesamtbelastung für den erweiterten Reproduktionsprozess wurde real durch die DDR-Wirtschaft in der Wertschöpfung erbracht. Diese Leistung wuchs zwischen 1978 und 1989 von 34,6 Mrd. Euro auf 53,0 Mrd. Euro, dabei stetig auf 153 Prozent (ohne jede Unterbrechung) an. (Siehe Tabelle 4)

Tabelle 4: Brutto-Investitionen plus Außenbeitrag 1978 bis 1989 (Mrd. Euro, Preisbasis 1995)

Jahr	Brutto-Investitionen	Saldo (+/-) Außenbeitrag	Summe Brutto-Invest. plus Außenbeitrag	Indes 1978 = 100
1978	40,0	- 5,4	34,6	100
1979	38,5	- 3,9	34,6	100
1980	40,4	- 4,5	36,1	104,5
1981	40,2	- 1,7	38,5	111,5
1982	37,0	2,7	39,7	114,7
1983	37,8	5,8	43,6	126,0
1984	39,2	7,4	46,6	134,7
1985	41,6	7,7	49,3	142,5
1986	42,5	8,0	50,5	146,0
1987	44,0	7,0	51,0	147,4
1988	47,2	5,4	52,6	152,0
1989	47,1	5,9	53,0	153,2

Quelle: Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. S. 230; eigene Berechnungen.

³⁴ Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. S. 230.

Erst diese Einbeziehung der saldierten Außenbeiträge in die Bewertung erlaubt die Feststellung, dass die DDR-Wirtschaft tatsächlich ein beachtlich hohes kontinuierlich steigendes materielles Aufwands- oder Leistungsergebnis für ihre Reproduktion mit Einbeziehung der Außenwirtschaft auch zwischen 1978 und 1989 erbrachte. Die rein binnenwirtschaftlich berechnete Akkumulationsquote kann diesen Aufwand nicht korrekt widerspiegeln.

In Westdeutschland erreichten die Brutto-Investitionen folgende Anteile an der inländischen Verwendung (Preisbasis 95, Euro): 1980 24,2 Prozent, 1985 21,7 und 1989 22,9 Prozent des BIP.³⁵ Die Investitionsquote in vergleichbaren Angaben war hier im letzten Jahrzehnt etwas niedriger als in der DDR. Dies wirft die Frage auf, wie die quantitative Abgrenzung einer »Unterakkumulation«³⁶ für die DDR sinnvoll erfolgen kann (siehe Abschnitt 1.3.).

1.2.3. Netto-Investitionen nach DDR-Angaben

Ein wichtiges Kriterium für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft bildet auch die Größe der Netto-Investitionen, die bekanntlich allein aus dem Volkseinkommen entspringen. Nach Gerlinde und Hans Werner Sinn erreichten die Netto-Investitionen der DDR 1989 43,7 Mrd. Mark der DDR, bei einem »produzierten Volkseinkommen« von 260,4 Mrd. Mark.³⁷ Ihre Quote (Anteil am Volkseinkommen) für die gesamte Wirtschaft betrug hiernach zuletzt 16,8 Prozent, darunter ca. sieben Prozent allein für den forcierten Wohnungsneubau. Die westdeutsche Netto-Investitionsquote war 1989 mit 9,8 Prozent (!) sogar noch niedriger,³⁸ was bei den üblichen DDR-»Katastro-

³⁵ Ebenda. S. 245.

³⁶ Nach Klaus Steinitz: *Wirtschaft bankrott?* S. 77.

³⁷ Vgl. Gerlinde Sinn / Hans-Werner Sinn: *Kaltstart – Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung*. 3. überarb. Aufl. Tübingen / München 1993. S. 270, 277.

³⁸ Nach statistischen Angaben betragen das westdeutsche Volkseinkommen 1989 1.892 Mrd. DM; die Bruttoinvestitionen 464,5 Mrd. DM und die Abschreibungen 279,5 Mrd. DM. Daraus ergeben sich Nettoinvestitionen in Höhe von 185,0 Mrd. DM oder eine Netto-Investitionsquote (Anteil am Volkseinkommen) von 9,8 Prozent. (Siehe: BMWI: *Wirtschaft in Zahlen '95*. S. 25, 41, 46).

phen-Szenarien« (beim Vergleich BRD-DDR) zumeist stillschweigend übergangen wird.³⁹

Im Zeitraum 1971 bis 1980 lag in der DDR der Verbrauch im Inland weit über dem produzierten Volkseinkommen, und zwar im Durchschnitt jährlich um 21. Mrd. Mark (Ost).⁴⁰ Diese aus der Außenwirtschaft stammenden Mittel erlaubten u. a. eine relative Anhebung der Netto-Investitionsquote im »produzierenden Bereich«. In der folgenden Periode musste sodann ein entsprechender Ausgleich zu Lasten des im Inland verwendeten Volkseinkommens erfolgen, der die Netto-Investitionsquote reduzierte, woran vor allem die Tilgung der Westkredite ursächlich beteiligt war.

Im Verlauf der 80er Jahre war folglich ein Rückgang der Netto-Investitionsquote zu verzeichnen, der auch durch den Entzug von produziertem Volkseinkommen durch die Außenwirtschaft von 1981 bis 1988 in Höhe von 80,4 Mrd. Mark der DDR begründet war.⁴¹ Nach der Neuberechnung von Heske belief sich der Außenbeitrag der DDR von 1980 bis 1989 auf +85,8 Mrd. DM oder +43,8 Mrd. Euro (Preisbasis 1995). Hierin widerspiegelten sich neben den hohen Zins- und Tilgungszahlungen für die Devisenkredite (auch aus der Vorperiode) die ungünstigen Relationen der Exportpreise zu den Binnenpreisen in DDR-Mark.

In den »produzierenden Bereichen« der Wirtschaft schwankte die Netto-Investitionsquote zwischen 1980 und 1989: sie sank von 12,4 Prozent (1980) auf 8,1 Prozent (1985) und stieg danach zuletzt wieder auf 10,1 Prozent (1989).⁴² Ein Ausgleich erfolgte zur Finanzierung von Großinvestitionen durch zentralisierte Amortisationen zwischen 1981 und 1988 in Höhe von rund 50 Mrd. M,⁴³ d. h. also im Rahmen der gesamten Brutto-Investitionen; dieser verringerte jedoch die Ausson-

39 Niedrigere Abschreibungssätze in der DDR (im Vergleich zur BRD) führten statistisch zunächst auch zu einem niedrigeren BIP, blieben aber ohne Einfluss auf das Volumen des Volkseinkommens.

40 Gernot Gutmann / Hannsjörg F. Buck: Die Zentralplanwirtschaft der DDR – Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz. S. 12. Tabelle.

41 Günter Kusch: Schlussbilanz – DDR. S. 19, berechnet nach Tabelle 1.

42 Gernot Gutmann / Hannsjörg F. Buck: Die Zentralplanwirtschaft der DDR – Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz. S. 11.

43 Rüdiger Pohl (Hrsg.): Herausforderung Ostdeutschland – fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Berlin 1995. S. 42.

derung verschlissener Altanlagen der DDR, erhöhte den Reparaturaufwand⁴⁴ und stellte die Rekonstruktionen veralteter Umweltschutzanlagen zurück.

Steinitz verweist auf DDR-Angaben von 1990, wonach die volkswirtschaftliche Netto-Akkumulationsrate (ohne Abschreibungen) von 29 Prozent im Jahre 1970 auf 26,2 Prozent im Jahre 1980 und 21,8 Prozent im Jahre 1989 zurückging.⁴⁵ (Diese Angaben sind auf das im Inland verwendete Volkseinkommen bezogen und daher leicht abweichend gegenüber der Relation zum »produzierten Volkseinkommen«.) Die absoluten Angaben für die Netto-Investitionen waren auch im letzten Jahrzehnt ansteigend. »Die Nettoinvestitionen waren 1989 mit 49 Mrd. Mark um 4,5 % größer als 1980 und um 24 % größer als 1985.«⁴⁶ In den produzierenden Bereichen ging jedoch der Anteil der Netto-Investitionen am im Inland verwendeten Volkseinkommen von 12,4 auf ca. neun Prozent im Durchschnitt der Jahre 1985 bis 1989 zurück.⁴⁷ In den »nicht produzierenden Bereichen« der DDR-Wirtschaft dagegen schwankten die Brutto-Investitionen zwischen 1980 und 1989 nur geringfügig und lagen zuletzt bei 14,9 Mrd. Mark (auf Preisbasis 1985).⁴⁸

Parallel dazu stiegen die Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben der DDR von 1980 bis 1989 an und lagen für das Jahr 1989 um 8,6 Mrd. M oder 65 Prozent höher.⁴⁹ Zweifellos ging ein Teil dieser »unproduktiven« Ausgabenerhöhung auch zu Lasten der Netto-Investitionen im produktiven Sektor der Wirtschaft.

1.5. ZUM UMFANG UND VERSCHLEIß GRAD DES KAPITALSTOCKS

Die buchmäßigen Anlagebestände (den »Grundmittelbestand«) im produktiven Sektor der DDR-Wirtschaft gibt Wenzel für 1988 mit 1.200

44 Gernot Gutmann / Hannsjörg F. Buck: Die Zentralplanwirtschaft der DDR – Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz. S. 10.

45 Klaus Steinitz: Wirtschaft bankrott? S. 77.

46 Ebenda. S. 78

47 Ebenda. S.75

48 Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1995. S. 68.

49 Gernot Gutmann / Hannsjörg F. Buck: Die Zentralplanwirtschaft der DDR – Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz. S. 14.

Mrd. Mark der DDR an, die sich nach den frühen 1990er Treuhandangaben (Rohwedders) auf ca. 600 Mrd. DM bezifferten.⁵⁰ Darunter entfielen 767 Mrd. Mark der DDR auf die Anlagen der Industrie, die nach der Währungsunion 2:1 umgerechnet auf 383,5 Mrd. DM kamen.

In die 600 Mrd. DM nicht eingerechnet sind lt. Wenzel der Wert der Bodenflächen für die Industrieanlagen, der Wert der Land- und Forstwirtschaftsflächen, das Finanzvermögen und das bauliche Verwaltungsvermögen, das gesamte Auslandsvermögen und das mobile Vermögen der NVA (Waffenbestände und Vorräte mit ca. 200 Mrd. DM).⁵¹

Im Jahre 1988 waren 1.684 Mrd. Mark der DDR als Kapitalstock der gesamten Volkswirtschaft statistisch erfasst, darunter 665 Mrd. Mark Ausrüstungen. Der Verschleißanteil des gesamten Kapitalstocks betrug zuletzt ca. 46 Prozent, bei den Ausrüstungen sogar 55 Prozent der buchmäßigen Brutto-Werte.⁵² Der buchmäßige Verschleißgrad der Ausrüstungen überschritt statistisch etwa um 10 Punkte die international üblichen Referenzwerte, was einem dementsprechenden Rückstand von Ausrüstungs-Investitionen in Höhe von 66,5 Mrd. M der DDR oder ca. 125 Prozent der letzten Jahresinvestitionen entsprach.

1.3.1. Zur Lage in den Wirtschaftsbereichen

In den Bereichen »[...] wies dieser Kapitalstock eine beträchtliche Differenzierung auf. Er umfasste zu Teil auch moderne, dem wissenschaftlichen Höchststand entsprechende Produktionsabschnitte und ganze Betriebe [...] die Erdöl- und Erdgasverarbeitung, Produktionslinien der Chemie, der Walzstahlverarbeitung, der Elektronik, des Schwermaschinenbaus, des Schiffbaus des Werkzeugmaschinenbaus, der gehobenen Konsumgüterindustrie und die landwirtschaftliche Großproduktion. Völlig veraltete Grundfonds gab es im Gießereiwesen, in der Aluminiumproduktion, in der Lebensmittelindustrie, im Verkehrswesen, bei Post- und Fernmeldewesen und auch im Gesundheitswesen«, berichtet Wenzel.⁵³

50 Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz. Berlin 2000. S. 171.

51 Ebenda. S. 175f.

52 Günter Kusch: Schlussbilanz – DDR. S. 55.

53 Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? S. 172.

Den höchsten Verschleißgrad der Ausrüstungen hatten in der DDR die Bauwirtschaft und das Post-/Fernmeldewesen. Bei den Ausrüstungen lag die Hälfte der Wirtschaftszweige mit bis zu acht Punkten über dem durchschnittlichen Verschleißanteil. Deutlich zurückgeblieben war auch der Querschnittsbereich der investiven Umweltmaßnahmen, für den zwischen 1980 und 1989 nicht mehr als 1,7 Prozent der gesamten jährlichen Investitionen in der Volkswirtschaft zur Verfügung standen.⁵⁴

Speziell bei den Ausrüstungen der Industrie existierten 1989 ca. 20 Prozent (= 135 Mrd. M der DDR Brutto-Anschaffungswert) völlig abgeschriebene Anlagen, die seit 1980 um sechs Prozent-Punkte angestiegen waren. »Das Durchschnittsalter der Ausrüstungen in der Industrie betrug in der DDR 18 Jahre, in der Bundesrepublik 8,3 Jahre.«⁵⁵

Hierin spiegelt sich bis zuletzt der nachwirkende gewaltige Fehlbeitrag an Investitionen der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende der Reparationsleistungen. Im Jahre 1950 erreichte die DDR nur eine Brutto-Investitionsquote von 15 Prozent, die erst 1961 auf 24,3 Prozent gehoben werden konnte, d. h. es gab direkt nach dem Zweiten Weltkrieg eine mehr als 15-jährige Periode einer erheblichen ökonomischen Unterreproduktion.⁵⁶

Aber immerhin waren 1989 etwa die Hälfte der Ausrüstungen der Industrie nicht älter als zehn Jahre (in der BRD dagegen 65 Prozent), und 27 Prozent der Anlagen waren nur bis zu fünf Jahre alt (in der BRD 35 Prozent).⁵⁷ Diese DDR-Altersstruktur der Anlagen lag also im innerdeutschen Vergleich zurück, war z. B. mit 27 Prozent in der Altersgruppe bis fünf Jahre zwar leicht rückläufig, aber noch beachtlich hoch angesichts des hohen und sogar steigenden RGW-Exportanteils des DDR-Maschinenbaus, bei dem der dringende Eigenbedarf zumeist

54 Hannsjörg F. Buck: Umweltpolitik und Umweltbelastung. In: Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren. [= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren. Hrsgg. von Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig. Bd. 2.] Opladen 1996. Opladen 1996. S. 224.

55 Dieter Grosser: Das Wagnis der Nahrungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Stuttgart 1998. S. 45.

56 Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1995. S. 67.

57 Günter Kusch: Schlussbilanz – DDR. S. 56, Grafiken.

zwangsweise zurückgesetzt wurde. Die anteiligen Ausrüstungen der Altersgruppe über 20 Jahre Nutzungsdauer blieb zwischen 1975 und 1989 konstant bei 21 Prozent, was die unzureichende Aussonderung veralteter Ausrüstungen und damit auch eine faktische anhaltende Unterakkumulation erkennen lässt.

Nach Wenzel vergrößerte sich der Verschleißgrad der Ausrüstungen bis 1988 im Bauwesen auf 67,0 Prozent, im Verkehrswesen auf 52,0, in der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft auf 61,3 und in der Industrie auf 55,8 Prozent.⁵⁸ Die faktisch erbrachten, mangels Ersatzinvestitionen sehr hohen Instandhaltungsaufwendungen erreichten 1988 ca. 50 Mrd. Mark, darunter 38 Mrd. Mark für Ausrüstungen und 12 Mrd. Mark für Bauten einschließlich 8,2 Mrd. Mark für das Wohnungswesen.⁵⁹

Nach Grosser waren nur 30 Prozent des Eisenbahn-Streckennetzes zwei- oder mehrgleisig, der Anteil elektrifizierter Streckenabschnitte betrug 27 Prozent. »Ungenügende Kapazitäten, der schlechte Zustand der Gleisanlagen, der Verschleiß der Fahrzeuge« bildeten einen Engpass des schienengebundenen Verkehrswesens.⁶⁰ Im Gleisoberbau konnten vom Baubedarf in den letzten zehn Jahren 30 Prozent nicht mehr gedeckt werden. 224 Eisenbahnbrücken durften nur mit eingeschränkter Geschwindigkeit befahren werden. Steiner führt an: »Von den nach Kriegsende demontierten Gleisen fehlte 1989 auf 520 km des Streckennetzes noch immer das zweite oder dritte Gleis.«⁶¹ Von den Straßen der DDR wiesen 55 Prozent erhebliche Schäden mit Verkehrseinschränkungen auf.⁶²

Auch die Ausstattung mit Anlagen in manchen Zweigen im Wirtschaftsbereich sowie mit Bauten auf kommunaler und regionaler Ebene war vergleichsweise zur BRD stärker veraltet, mangelhaft oder z. T. stark vernachlässigt.

Die Aufzählung der negativen Fakten ließe sich fortsetzen; sie zeigen in der Summe die Folgen der überstrapazierten Konzentration der

58 Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? S. 15.

59 Günter Kusch: Schlussbilanz – DDR. S. 60.

60 Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. S. 45.

61 André Steiner: Von Plan zu Plan – eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. S. 208.

62 Günter Kusch: Schlussbilanz – DDR. S. 61.

Investitionen im industriellen Kernbereich, vor allem für die Energieversorgung und den Export.

Die DDR litt in den 80er Jahren zweifellos noch immer unter der historisch überkommenen »Unterreproduktion« ihrer Kapitalanlagen, die anfänglich aus der Ära der Reparationen nach 1945 stammte; damals waren die bei Kriegsende vorhandenen Kapazitäten in zahlreichen Branchen zwischen 20 und 80 Prozent verloren gegangen, das betraf meist die modernsten Anlagen.⁶⁵ Später wurden auch die veralteten Anlagen oft weiter genutzt, weil sie nicht sofort ersetzbar waren: 1989 sind 21 Prozent der Ausrüstungen der DDR-Industrie älter als 20 Jahre gewesen, dagegen in der BRD nur sechs Prozent.⁶⁴ Die relativ älteren Bestände an Ausrüstungen in der DDR bedingten anteilig auch einen höheren Kapitalkoeffizienten, der für 1989 bei Sinn/Sinn mit 4,8 angegeben wird, gegenüber 3,3 für die BRD.⁶⁵

In den 80er Jahren wurden ca. 50 Mrd. Mark von der Verwendung als übliche Ersatzinvestitionen zugunsten der zentralisierten Neuinvestitionen umgelenkt. Dabei zählt auch, dass allein der Ausrüstungsanteil einen Altersrückstand von durchschnittlich 10 Prozent gegenüber internationalen Referenzwerten erreichte, woraus sich – wie erwähnt – mindestens 66,5 Mrd. Mark rückständige Investitionen errechnen lassen.⁶⁶ Besonders verschlechterte sich der Zustand der Gebäude: die unteren Bewertungsstufen III und IV erreichten einen Anteil von 51 Prozent. »Statt der erforderlichen 14,5 Mrd. Mark Bauproduktion für Baureparaturen und Modernisierungen wurden 1988 nur 8,2 Mrd. Mark aufgewendet.«⁶⁷

65 André Steiner: Von Plan zu Plan – eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. S. 29.

64 Günter Kusch: Schlussbilanz – DDR. S. 56, Grafik.

65 Gerlinde Sinn / Hans-Werner Sinn: Kaltstart – Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung. S. 276.

66 Günter Kusch: Schlussbilanz – DDR. S. 55.

67 Ebenda. S. 63, 65.

1.3.2. Zum Wohnungsbau in der DDR-Endphase

Im Rahmen der Investitionstätigkeit der DDR kam dem Wohnungsbau, insbesondere dem Neubau, eine große sozialpolitische Bedeutung zu, der im Rahmen des insgesamt begrenzten Investitionsvolumens allerdings zu Lasten industrieller Bauten forciert wurde. Zwischen 1980 und 1989 stiegen die Investitionen in den Wohnungsneubau von 7,6 Mrd. Mark auf 8,5 Mrd. Mark (Preisbasis 1985) je Jahr nach DDR-Angaben an. Sie erreichten in diesem Jahrzehnt ein Volumen von 85,2 Mrd. Mark.⁶⁸

Zwischen 1971 und 1989 wurden 1.869 Tsd. Wohnungen als Neubau fertig gestellt und 236 Tsd. Wohnungen durch Um- und Ausbau rekonstruiert. Weitere 1.162 Tsd. Wohnungen wurden in ihrer Ausstattung modernisiert. Der Anteil der Wohnungen mit Bad/Dusche erreichte 1989 immerhin 82 Prozent und der Anteil mit Innen-WC 76 Prozent. Der Wohnungsbestand nahm um 945 Tsd. Wohnungen zu. Zwischen 1970 und 1989 stieg auch der Umfang an Baureparaturen auf 293 Prozent (auf vergleichbarer Preisbasis), was von außerordentlichen Anstrengungen der Bauwirtschaft zeugt.⁶⁹

Ab 1976 erreichte und überschritt erstmals der jährliche Wohnungsneubau in der DDR je 1000 Einwohner das bis zum Jahre 1989 rückläufige Niveau in der BRD, während der BRD-Stand zwischen 1960 und 1975 im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch war.

Die wohnungswirtschaftlichen Kenndaten erreichten im Vergleich zur BRD im Jahre 1990 folgenden Stand (Tabelle 5):

⁶⁸ Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. 2/1995. S. 68.

⁶⁹ Joachim Tesch: Der Wohnungsbau in der DDR 1971-1990. Ergebnisse und Defizite eines Programms in kontroversen Sichten. Hefte zur DDR-Geschichte 70. Berlin 2001. S. 34, 38, 40.

Tabelle 5: Struktur des Wohnungsbestandes 1990 im Vergleich DDR – BRD

Kennziffer	Maßeinheit	BRD	DDR
Wohnungsbestand	1000	26.859	7.017
Wohnungen/Tsd. Einwohner	Anzahl	421	438
Wohnungen/Tsd. Haushalte	Anzahl	959	1051
Wohnfläche je Wohnung	Quadratmeter	86,5	64,4
Wohnfläche je Einwohner	Quadratmeter	56,4	28,2
Räume je Wohnung	Anzahl	4,4	3,8
Räume je Einwohner	Anzahl	1,9	1,6

Quelle: Joachim Tesch: Der Wohnungsbau in der DDR 1971–1990. Ergebnisse und Defizite eines Programms in kontroversen Sichten. Hefte zur DDR-Geschichte 70. Berlin 2001. S. 44

Wie die Tabelle zeigt, war die Versorgung mit Wohnraum je Tsd. Einwohner und auch je Tsd. Haushalte in der DDR quantitativ besser als in der BRD, während die Ausstattung der Wohnungen hinsichtlich der Fläche und der Anzahl der Räume in der BRD günstiger lag. Hinsichtlich der Beheizung der Wohnungen wurde zwar bereits ein Viertel des Bestandes mit Fernwärme versorgt, aber 71 Prozent mussten noch mit festen Brennstoffen, darunter 48 Prozent mit Einzelöfen versorgt werden.⁷⁰

»Immerhin bewirkte der Bau von rd. 2 Millionen Wohnungen, die während der knapp zwei Jahrzehnte von 1971 bis 1989 gebaut worden waren, dass die Altersgruppe der Vorkriegswohnungen (Fertigstellung bis 1946) in dieser Zeit um 25 Prozentpunkte schrumpfte, und zwar von über 79 v. H. Im Jahre 1971 auf 54 v. H. 1989.« Der durchschnittliche Verschleißgrad der Wohnungen betrug 1989 42 Prozent und hatte sich damit allerdings gegenüber 1975 kaum verändert.⁷¹ Diese Sachlage bestätigt, dass die ökonomischen Potenziale der DDR-Bauwirtschaft

⁷⁰ Günter Kusch: Schlussbilanz – DDR. S. 62.

⁷¹ Hannsjörg F. Buck: Wohnungsversorgung, Stadtgestaltung und Stadtverfall. In: Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren. [= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren. Hrsgg. von Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig. Bd. 2.] Opladen 1996. S. 78.

deutlich unterproportional entwickelt waren. Es »fehlten über Jahrzehnte hinweg in der DDR mehrere Hunderttausend Bauarbeiter«. ⁷²

1.4. ZUM STAND DER VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTIVITÄT 1989

Die volkswirtschaftliche Produktivität – Bruttoinlandsprodukt je Einwohner bzw. je Erwerbstätigen – lag in der DDR 1989 noch deutlich unter der in Westdeutschland, wobei die statistischen Angaben hinsichtlich des Abstandes schwanken. Die offizielle Verlautbarung der Bundesregierung von 1995 bezifferte die volkswirtschaftliche Produktivität der DDR im Vergleich mit der Bundesrepublik für das Ende der 80er Jahre mit »weniger als 30 %«. ⁷³

Wenzel führte die DDR-Ergebnisse aus einer Neuberechnung von 1990 an, die für das BIP je Einwohner 53 Prozent und je Beschäftigten 45 Prozent des westdeutschen Niveaus ergaben. ⁷⁴ Heske hat erstmals das DDR-BIP auf Preisbasis 1995 in Euro neu berechnet und kommt zu begründeten Ergebnissen auch für 1989. Danach erreichte die Produktivität der DDR 1989 je Einwohner das Niveau von 56 Prozent und je Erwerbstätigen von 45 Prozent im Vergleich zu Westdeutschland. ⁷⁵ Der Rückstand betrug hiernach also 44 bzw. 55 Prozent.

Zur Frage, wie hoch der Rückstand in der volkswirtschaftlichen Produktivität zu Beginn der Existenz der DDR im Jahre 1950 war, geben Helga Schultz und Jürgen Wagener folgende Auskunft: »Für das Jahr 1950 besteht ein relativ breiter Konsens darüber, dass die Produktivität in der DDR höchstens zwei Drittel des Niveaus der Bundesrepublik betrug. Das heißt, ein Drittel des gleichen Ausgangsniveaus war bereits in der Zeit von 1945 bis 1950 [infolge des sowjetischen Reparationsregimes] verloren gegangen.« ⁷⁶ Nach Ulrich Blum ist für

⁷² Joachim Tesch: Der Wohnungsbau in der DDR 1971-1990. S. 58.

⁷³ Bundesregierung: Materialien zur deutschen Einheit.. BT-Drucksache 15/2280 vom 8.9.1995. S. 90.

⁷⁴ Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? S. 37.

⁷⁵ Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000. S. 67.

⁷⁶ Helga Schultz / Jürgen Wagener (Hrsg.): Die DDR im Rückblick. Berlin 2007. S. 125.

1950 ein Niveauvergleich von 40 Prozent Ost zu West begründet: »[...] so erscheint ein Ausgangsniveau der ostdeutschen Wirtschaft von etwa 40 % des westdeutschen Niveaus im Jahre 1950 als durchaus plausibel.«⁷⁷

Nach Blum wird also – bei Einbeziehung der Daten von Heske für 1989 – für die Zeit der Existenz der DDR ausgesagt, dass sich das Niveau ihrer Produktivität zwischen 1950 und 1989 von 40 auf 56 Prozent des westdeutschen Niveaus entwickelte, sich deren Abstand also um 16 Prozent-Punkte verringerte.

Dass jedoch ein enormer Rückstand auch schon 1950, also im Anfangsniveau der DDR-Produktivität bestand, erklärt sich nach Angaben der Wirtschaftsforschung von 1995 daraus, »dass im Zuge der Reparationslieferungen und der weitgehenden Orientierung der DDR-Wirtschaftspolitik an sowjetischen Interessen bis 1953/54 eine gewaltige Investitionslücke entstand,« so »dass die DDR bis in die sechziger Jahre hinein eine im west- wie im osteuropäischen Vergleich ausgesprochen niedrige Investitionsquote aufwies.«⁷⁸

Diese Aussage lässt jedoch zumindest die Folgerung zu, dass die DDR den gewaltigen Anstieg der westdeutschen Produktivität je Einwohner in diesem Zeitraum nach 1950 vergleichbar bewältigte, indem sie ihren Rückstand nicht erhöhte, sondern verringerte – eine Feststellung, die später offiziell ignoriert wurde.⁷⁹ Nach Schultz/Wagener wird der DDR-Rückstand in der ganzen Zeit ihrer Existenz nicht wieder aufgeholt, »im Gegenteil, er nahm noch zu.«⁸⁰ Allerdings haben Schultz/Wagener dies nicht mit Daten belegt, und es widerspricht auch dem in Abschnitt 1.1 gezeigten und begründeten höheren Anstieg der BIP-Leistung je Einwohner der DDR.

77 Ulrich Blum: Honeckers langer Schatten oder die aktuelle Wirtschaftsschwäche Ostdeutschlands. In: *Wirtschaft im Wandel*. Halle 4/2007. S. 115.

78 *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 2/1995. S. 52.

79 Man vergleiche die Ausführungen von Schultz/Wagener, die sich verbal stark bemühen, glaubhaft zu machen, dass sich das Zurückbleiben der DDR von Anfang bis Ende über deren ganze Existenzzeit erstreckte. (Helga Schultz / Jürgen Wagener (Hrsg.): *Die DDR im Rückblick*. S. 131.) Sie ignorieren dabei u. a. die Ergebnisse von Heske (Gerhard Heske: *Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000*).

80 Helga Schultz / Jürgen Wagener (Hrsg.): *Die DDR im Rückblick*. S. 125.

In einigen Hauptzweigen erreichte die DDR-Wirtschaft 1989 einen teilweise beachtlichen Stand der relativen Wertschöpfung im Vergleich zur alten BRD, so z. B. im Baugewerbe 96 Prozent, im Gastgewerbe 70 Prozent, bei öffentlichen und privaten Dienstleistungen 67 Prozent. Im Durchschnitt erreichte die Wertschöpfung je Beschäftigten zwar nur 45 Prozent für alle Wirtschaftszweige, aber dies entsprach der Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) und im Handel mit ebenfalls 45 Prozent.⁸¹

Im Verarbeitenden Gewerbe (als Teil des Produzierenden Gewerbes) konnte die Wertschöpfung je Beschäftigten nicht über 54 Prozent der westdeutschen Vergleichszahl hinaus gelangen, da die Inflexibilität des RGW-Marktes eine tief greifende weitere Spezialisierung und Kooperation behinderte und damit kostenoptimale Vorteile der Großserienproduktion zu wenig nutzbar wurden. Dies führte in diesem Zweig zu einer außerordentlichen Sortimentsbreite für den Eigenbedarf der DDR mit unzureichender skalarer Kostensenkung und zu geringer Innovationsintensität. »Experten schätzten, dass die DDR etwa 50 % des Weltsortiments an Maschinen und Anlagen produziert hat, wodurch in ungeheurer Breite wissenschaftlich-technische Entwicklungsarbeit geleistet werden musste, die sich nur in relativ kleinen Serien amortisieren konnte.«⁸²

Mit der Produktivitätsentwicklung eng verknüpft war die Entwicklung der DDR-Potenziale für Innovationen und der Ausgaben für Forschung und Entwicklung. 1986 waren in der DDR 75,9 Tsd. Wissenschaftler und Ingenieure, in der BRD dagegen nur 151,5 Tsd. in den technischen Entwicklungsbereichen tätig.⁸³ Die Ausgaben pro Person beliefen sich in der DDR auf 136,3 TM je Jahr, in der BRD dagegen auf 409,9 TDM. Dies zeigt für die DDR die »unzureichende Ausstattung mit modernen Forschungsmitteln«, woraus eine »mangelnde Effizienz des beträchtlich erhöhten personellen Aufwandes für Forschung und Entwicklung« resultierte.⁸⁴ Dies hatte u. a. negative Rückwirkungen auf die Innovationsrate der Exportindustrie und verstärkte den Preis-

81 Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. S. 66.

82 Siegfried Wenzel: War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende? Hefte zur DDR-Geschichte 52. Berlin 1998. S. 32.

83 Günter Kusch: Schlussbilanz – DDR. S. 40.

84 Ebenda. S. 43.

verfall im Westexport der DDR besonders ab 1985. »Aber gerade auf diesem Gebiet erwies sich das Planungssystem als strukturell schwach.[...] ebenso wie die Startbedingungen und die überdimensionierten Sicherheitsaufwendungen die Möglichkeiten für Innovationen beschnitten ...«⁸⁵ Diese Einschätzung der von Michael North herausgegebenen »Deutschen Wirtschaftsgeschichte« trifft zu.

1.5. ZUR VERKNAPPUNG DER BRENNSTOFF- UND ROHSTOFFLIEFERUNGEN FÜR DIE DDR

Bekanntlich war die DDR ab 1957 in vollem Umfang von der Rohstoffversorgung durch die Sowjetunion abhängig, was auch die zwingende strategische Abhängigkeit von deren Erdöllieferungen einschloss. »Vom Gesamtimport der DDR aus der UdSSR waren 70 Prozent Rohstoffe und Material.«⁸⁶

Hier trat in der zweiten Hälfte der 70er Jahre jedoch eine dramatische Lage ein, weil die Sowjetunion damals nur die Hälfte des geplanten DDR-Bedarfs an Erdöl, Erdgas, Walzstahl, Aluminium, Kautschuk, Kupfer u. a. befriedigte.⁸⁷ Später musste bei Erdöl ab 1982 eine Reduzierung der jährlichen Lieferungen um zwei Millionen Tonnen hingenommen werden, wodurch hohe technologische Folgeinvestitionen in der Mineralölverarbeitung von 7 Mrd. Mark und zur Ablösung von Heizöl und Importgas in der Wirtschaft von 12 Mrd. M unvermeidbar wurden.⁸⁸

85 Michael North (Hrsg.): Deutsche Wirtschaftsgeschichte – ein Jahrtausend im Überblick. München 2000. S. 409f.

86 Gerhard Schürer: Planung und Lenkung der Volkswirtschaft der DDR – Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung. In: Eberhard Kuhr in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. [= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren. Hrsgg. von Eberhard Kuhr in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig. Bd. 4.] Opladen 1999. S. 75.

87 Siegfried Wenzel: Zur Rolle äußerer Faktoren für die ökonomische Entwicklung der DDR. In: Pankower Vorträge. Heft 70. Berlin 2005. S. 21.

88 Gerhard Schürer: Das Ende der DDR-Wirtschaft. In: Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 6. Hrsgg. von Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek. Bonn / Berlin 1996. S. 380; Siegfried Wenzel: War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende? S. 87, 91.

»Eine kritische Zuspitzung der Situation trat ein, als die Sowjetunion 1981 die Liefermenge für [...] Rohöl [...] um zwei Millionen Tonnen senkte und damit der DDR den wichtigsten Rohstoff für ihre Westexporte verknappte« und zu Vertragspreisen über dem Weltmarktpreis gleichzeitig verteuerte.⁸⁹ Gleichzeitig mussten verkürzte Erdgaslieferungen bei den Stahlwerken durch Heizöl kompensiert werden.

Dies begrenzte die Effektivität der Energiewirtschaft⁹⁰ sowie der materiellen Basis der Verarbeitenden Industrie der DDR, insbesondere ihre technische Modernisierung, verringerte ihre ökonomischen Möglichkeiten und beeinträchtigte infolge scharfer administrierter Treibstoffrestriktionen stark den LKW- und Diesellok-Transport. »Wie die Störfreimachung zeigte die Heizölablösung erneut die hohe technische Manövrierfähigkeit der DDR-Wirtschaft, welche aber auf Kosten der Wirtschaftlichkeit ging und den Verbrauch an Ressourcen erhöhte«, vermerkt die »Deutsche Wirtschaftsgeschichte«.⁹¹

Zwischen 1975 bis 1985 betrug die Importe der DDR aus der UdSSR 260 Mrd. Mark (Valutagegenwert), wovon 154 Mrd. (59 Prozent) reine Preissteigerungen für Erdöl waren. Diese hohen Preissteigerungen mussten durch Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie ausgeglichen werden, wodurch sich die entsprechende Verwendung in der DDR für diese Güter (Maschinenbau, Elektrotechnik, Schiff-

89 Klaus Krakat: Probleme der DDR-Industrie im letzten Fünfjahrplanzeitraum (1986 – 1989/1990). In: Eberhard Kuhr in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren. [= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren. Hrsgg. von Eberhard Kuhr in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig. Bd. 2.] Opladen 1996. S. 139. – Die erste Erdölkrise (1971) hatte erhebliche langfristige Wirkungen auf die Preisstellung der sowjetischen Öllieferungen an die DDR. Zunächst erhielt die DDR noch Rohöl zu niedrigeren Preisen als auf dem Weltmarkt üblich waren. In den Folgejahren ab 1975 wurden die im RGW abgestimmten Exportgegenleistungen in die Sowjetunion ausgleichend erhöht.

90 Mit der Umstellung der Energiewirtschaft auf vermehrte kompensierende Nutzung von Braunkohle gingen nicht nur frühere Einspareffekte verloren, sondern es mussten Investitionen ohne jeden volkswirtschaftlichen Zusatznutzen getätigt werden, die zudem die ökologische Belastung der DDR rapide erhöhten.

91 Michael North (Hrsg.): Deutsche Wirtschaftsgeschichte – ein Jahrtausend im Überblick. S. 408.

bau) außerordentlich verknappte.⁹² Zwischen 1985 und 1988 gingen die langfristig vereinbarten Lieferungen aus der Sowjetunion im Zuge der Perestroika-Politik bei Zink auf 50 Prozent, bei Apatitkonzentrat auf 70 und bei Schnittholz auf 53 Prozent zurück. Die wichtige Steinkohlenlieferung (Umleitung aus Polen) sank von sechs Millionen Tonnen in den 60er Jahren auf vier Millionen Tonnen 1986 und auf 300.000 Tonnen 1988. Auch andere Rohstofflieferungen gingen empfindlich zurück, wie z. B. bei Blei, Manganerz, Chromerz u. a. m.⁹³

Die Restriktionen in der Rohstoffversorgung sowie die Preisanhebungen der SU für den Import von Mineralöl in den 80er Jahren (mit ihren komplexen investiven Folgen belasteten die DDR-Wirtschaft im letzten Jahrzehnt gravierend und verminderten deren Effektivität zusätzlich. Hinzu kamen nach 1985 Forderungen der Sowjetunion unter Gorbatschow, für die Mineralöllieferungen z. T. in konvertiblen Währungen zu zahlen.⁹⁴

1.6. ZUR ÖKOLOGISCHEN MISERE UND IHREN URSACHEN

Wie Jörg Roesler zeigte, hatten die DDR und die BRD in den 70er Jahren in etwa gleichzeitig begonnen, dem Umweltschutz zunehmende Aufmerksamkeit zu widmen. Im Fünfjahresplan von 1971 bis 1975 waren erstmals sieben Mrd. Mark für den Umweltschutz vorgesehen. Doch schon der nächste Fünfjahresplan enthielt kein geschlossenes Umweltprogramm mehr, da sich die Investitionslage in der DDR verschlechterte.⁹⁵

92 »Das Wachstum des Wertvolumens aufgrund der Preiserhöhungen musste die DDR mit technisch entwickelten Waren des Maschinenbaus, der Elektrotechnik/Elektronik, der Leichtindustrie und der glas- und keramischen Industrie bezahlen«, vermerkt Siegfried Wenzel. (Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? S. 22.)

93 Siegfried Wenzel: Zur Rolle äußerer Faktoren für die ökonomische Entwicklung der DDR. S. 22; Gerhard Schürer: Planung und Lenkung der Volkswirtschaft der DDR. S. 75.

94 Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1995. S. 35.

95 Jörg Roesler: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990 – Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe. Leipzig 2006. S. 189.

Die SED-Führung hatte seit Ende 1982 einen verschärften Kurs der Geheimhaltung von Umweltbelastungen und der damit verbundenen Investitionen betrieben. Auf kaum einem anderen Gebiet klappte »eine solche riesige Lücke«⁹⁶ wie beim Umweltschutz, der im Zuge des kalten Krieges buchstäblich dem forcierten Systemwettbewerb zum Opfer fiel. Die DDR konnte zwischen 1980 und 1988 nicht mehr als 0,5 Prozent des produzierten Nationaleinkommens für den Umweltschutz aufwenden.⁹⁷ Dies war nur ca. ein Drittel des westdeutschen Anteils von 1,6 Prozent. Technologische Entwicklungen zur Luftreinigung in den Braunkohlenkraftwerken wurden nicht flächendeckend investiert.⁹⁸ So bildeten ökologische Schutzmaßnahmen den absoluten Schwachpunkt der DDR-Wirtschaft in der Endphase, der die Umwelt immens belastete.

Die ökonomische Situation gegen Ende der DDR kann nicht ohne die extreme ökologische Misere umrissen werden, die durch die Rohbraunkohlen-Energetik nach 1950 entstand.⁹⁹ Offenbar war dies ein nicht vorausgesehenes Ergebnis der wirtschaftlichen Teilung Deutschlands im Jahre 1949 und der daraus langfristig erwachsenden Folgen durch die Primärenergieerzeugung auf Braunkohlenbasis im Osten des Landes. »Bis 1989 war die DDR mit weitem Abstand vor allen anderen Staaten der größte Umweltverschmutzer bei Schwefeldioxid und Staub in Europa«, beklagte Buck 1996.¹⁰⁰ Sechs Millionen Bürger der DDR waren unzulässigen Emissionen von Schwefeldioxid und über vier Millionen Bürger unzulässigen Staubbelastungen ausgesetzt. Im Jahre 1988 wurden je Einwohner 315 kg Schwefeldioxid und 152 kg Staub in die Luft emittiert. (Im Vergleich dazu wurden in der BRD 18,6 kg Schwefeldioxid bzw. 7,5 kg Schwebstaub je Einwohner ausgebracht.)

96 Hannsjörg F. Buck: *Umweltpolitik und Umweltbelastung*. S. 223.

97 Günter Kusch: *Schlussbilanz – DDR*. S. 70; Hannsjörg F. Buck: *Umweltpolitik und Umweltbelastung*. S. 224.

98 Jörg Roesler: *Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990*. S. 189f.

99 Dieser Aspekt wurde m. E. in dem Buch von Stefan Bollinger (Hrsg.): *Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe*. Berlin 2004, nicht ausreichend berücksichtigt.

100 Hannsjörg F. Buck: *Umweltpolitik und Umweltbelastung*. S. 225.

Die energetisch uneffektive, teils ungefilterte Verbrennung der Rohbraunkohle für die Energieerzeugung und Heizung in den riesigen Dimensionen führte (bei teilweise fehlenden hocheffektiven Lösungen für die Luftreinigung) im Langzeitraum zum ökologischen Sündenfall der massiven Luftverschmutzung mit Schwefeldioxyd, Stickstoffdioxid und Staub: In den braunkohlenbefeuerten Heiz- und Heizkraftwerken fielen 51 Prozent des Schwefeldioxids, 34 Prozent des Staubes, 27 Prozent der Stickoxide und 39 Prozent des Kohlendioxids an. Ein hoher Anteil der Emissionen entfiel auch auf die mit Kohleöfen beheizten Wohnungen.¹⁰¹

Infolge der investiven Strukturschwächen und anderweitigen Prioritäten der Wirtschaftspolitik blieben Investitionen für leistungsfähige Wasseraufbereitungsanlagen zurück. Infolge des Mangels an modernen Klärwerken wurden 1987/88 47 Prozent der gesamten organischen Abwasserlast ungereinigt in die ostdeutschen Flüsse eingeleitet. Nitratthaltiges Trinkwasser belastete 1988 etwa 1,4 Millionen. Bürger, darunter mehr als 10.700 Einwohner mit einer extremen Nitratmenge von > 150 mg/l. Das natürliche Grundwasser wurde infolge der Überlastung der landwirtschaftlichen Böden mit chemischen Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sowie mit organischen Gülle-Abwässern der Viehwirtschaft großflächig verseucht.¹⁰² 1989 waren nur 60 Prozent der Einwohner der DDR an eine moderne Kanalisation und zentrale Abwasserbehandlung angeschlossen, gegenüber 86 Prozent der Einwohner der BRD.¹⁰³

101 Wolfgang Stinglwagner: Die Energiepolitik der DDR und ihre wirtschaftlichen und ökologischen Folgen. In: Eberhard Kuhr in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. [= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren. Hrsgg. von Eberhard Kuhr in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig. Bd. 4.] Opladen 1999. S. 209.

102 Hannsjörg F. Buck: Umwelt- und Bodenbelastungen durch eine ökologisch nicht abgesicherte industriemäßig organisierte Tier- und Pflanzenproduktion. In: Eberhard Kuhr in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. [= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren. Hrsgg. von Eberhard Kuhr in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig. Bd. 4.] Opladen 1999. S. 450ff.

103 Günter Kusch: Schlussbilanz – DDR. S. 62.

Hier konnte die ganze Breite der ökologischen Probleme der DDR nur knapp gestreift werden, die schon im letzten Jahrzehnt der DDR zu vielfältigen Bürgerbewegungen führte und in ihrem dramatischen Umfang erst seit 1990 bekannt wurden. Sie sind einerseits aus der Braunkohlennutzung bei fehlender oder unzureichender Filtertechnologie sowie mit ungenügender ökonomischer Effizienz (geringer energetischer Wirkungsgrad) und andererseits mit investitionspolitischen Zwangslagen und Prioritäten der DDR-Führung begründet.

Die ökologische Misere war jedoch innerhalb des RGW-Wirtschaftsblocks nicht einmalig – in anderen realsozialistischen Ländern gab es vergleichbare Missstände beim Umweltschutz, abhängig von den wirtschaftsgeographisch-geologischen Bedingungen, der Art der Energieerzeugung und hierbei insbesondere der Brennstoffnutzung und Verstromung von Kohle sowie unter dem Zwang forcierten wirtschaftlichen Wachstums im Kalten Krieg.

2. Zur Staatsverschuldung der DDR 1989/90

Die öffentliche, aus politischen Absichten geschürte Aufregung über die Höhe der Staatsverschuldung der DDR unmittelbar nach der Vereinigung erscheint aus Sicht der heutigen Verschuldung der Bundesrepublik maßlos übertrieben.

Die Bundesbank hatte bereits im Juli 1990 die Konsolidierte Bilanz des Kreditystems der DDR per 31. Mai 1990 bekannt gegeben, wonach der Saldo von Auslandsforderungen und Auslandsverbindlichkeiten -19,3 Mrd. DM betrug.¹⁰⁴ Diese Höhe der saldierten Devisen-Auslandsschulden wurde danach 1999 endgültig mit -19,9 Mrd. VM für das Endjahr 1989 bestätigt.¹⁰⁵ Der kumulierte Passivsaldo im innerdeutschen Handel, der formal nicht als Devisen-Bankkredit, sondern als zinsloser Verrechnungsswing (in Verrechnungseinheiten VE) zählte, betrug 1989 4,0 Mrd. VE.¹⁰⁶

Allerdings hatte die Wirtschaftsforschung bereits 1996 klar erkannt: »Tatsächlich war die Zahlungsbilanzsituation der DDR Ende 1989 weniger dramatisch als aus den Selbstzeugnissen Schürers und Schalks hervorgeht.«¹⁰⁷ Im August 1999 teilte die Deutsche Bundesbank offiziell mit: »Für die DDR-Verantwortlichen stellte sich diese Entwicklung freilich erheblich bedrohlicher dar, da ihnen überhöhte Zahlen der Verschuldung und des Schuldendienstes vorgelegt wurden.«¹⁰⁸ Dies

104 Deutsche Bundesbank: Monatsbericht 7/1990, S. 16 u. Anhang 4, S. 25ff.

105 Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989. Frankfurt a. M. 1999, S. 60.

106 Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel. In: Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren. [= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren. Hrsgg. von Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig. Bd. 2.] Opladen 1996, S. 61.

107 Ebenda, S. 60.

108 Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, S. 45.

bezieht sich allein auf die äußere Verschuldung der DDR in West-Devisen. Jedoch verbreitete Stefan Wolle noch 1998 die Legende: »Die DDR stand 1989 kurz vor der Zahlungsunfähigkeit.«¹⁰⁹

Die gesamte Staatsverschuldung veränderte sich im Jahre 1990 noch geringfügig gegenüber 1989. Sie wird von verschiedenen Autoren unterschiedlich hoch angegeben, je nachdem, welche Posten einbezogen werden. Nicht umstritten sind 58 Mrd. DM Schulden für die Kreditfinanzierung des Wohnungsbaus der DDR (aus Sparguthaben der Bevölkerung), 28 Mrd. DM Schulden des Staatshaushalts zu Lasten des Kreditsystems und 25 Mrd. DM Netto-Auslandsschulden im Westhandel.¹¹⁰ In der Summe ergibt dies 66 Mrd. DM innere und 25 Mrd. DM äußere Staatsschulden, insgesamt 89 Mrd. DM Gesamtschulden.

Die Bundesregierung rechnete zu den inneren DDR-Schulden zusätzlich die 104 Mrd. DM »Altkreditschulden« der THA-Betriebe und 26 Mrd. DM »Restausgleichsposten« aus der Währungsumstellung. Dies sind aber umstrittene finanztechnische Zurechnungen bzw. Zwangsposten aus der Währungsumstellung. Damit erhöhte man die innere Staatsverschuldung zu Ende 1990 um 130 Mrd. DM auf 196 Mrd. DM. Dies ergab 219 Mrd. DM Gesamtverschuldung. (Abweichungen hierzu sind infolge Einbeziehung von Posten unterschiedlichen Ursprungs bei verschiedenen Autoren zu finden.)

Bemerkenswert ist der Vergleich der Verschuldung beider deutscher Staaten (Tabelle 6):

109 Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. S. 202.

110 Vgl. Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. S. 97, Fußnote 54.

Tabelle 6: Staatsverschuldung der deutschen Staaten 1990 (Mrd. DM)

	Äußere Kreditgeber	Innere Kreditgeber	Summe Staatsverschuldung
DDR-Staat	23,0	196,0 (66,0) ¹	219,0 (89,0) ¹
BRD-Fiskus ²	220,6 ²	704,2	924,8 ³

1 In Klammern inoffizielle Angabe (siehe Text).
2 Öffentliche Haushalte insges. Verschuldung bei ausländischen Kreditgebern Stand 1990/07 lt. Deutscher Bundesbank (Zeitreihe BQ1715: Verschuldung der Gebietskörperschaften nach Gläubigern – Auslandsverschuldung) sowie Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung: Statistisches Taschenbuch 2005. Arbeits- und Sozialstatistik. Pkt. 1.27.
3 Für 1989.

Bezogen auf das BIP von 355 Mrd. DM¹¹¹ im das letzten Jahr der SED-Herrschaft (1989) betrug die offizielle Verschuldungsquote 62 Prozent. Rechnet man aus dieser Verschuldungsquote die fragwürdigen 104 Mrd. DM »Altkredite« der THA-Betriebe heraus, so beläuft sich diese Quote nur auf 32,6 Prozent des BIP. Demgegenüber erreichte die Staatsverschuldung der BRD 1989 924,8 Mrd. DM oder 41,6 Prozent des BIP.¹¹² Wenig beachtet blieb, dass die Außenverschuldung des BRD-Fiskus die zehnfache Höhe der äußeren DDR-Schulden in Devisen erreicht hatte (Tabelle 6), was durch die hohen laufenden Exportüberschüsse der BRD-Wirtschaft verdeckt war.

2.1. ZUR AUSSENVERSCHULDUNG DER DDR

Die West-Außenverschuldung entstand durch die Export-/Import-Salden in Verbindung mit der Zahlungsbilanz in konvertibler Währung. Die Außenhandelsalden entwickelten sich in den letzten zehn Jahren der DDR wie folgt (Tabelle 7):

¹¹¹ Nach Gerlinde Sinn / Hans-Werner Sinn: Kaltstart – Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung. S. 270.

¹¹² Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung: Statistisches Taschenbuch 2005. Arbeits- und Sozialstatistik. Pkt. 1.27.

Tabelle 7: Salden im Außenhandel mit West-Staaten
(einschl. BRD, in Mio. DM)

1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Export										
7576	8617	10955	12375	13010	14366	14472	12214	11239	11570	12595
Import										
9057	9352	11094	10465	11971	11491	12271	11595	11901	12352	13907
Saldo										
-1481	-735	-139	+1912	+1039	+2875	+2201	+621	-662	-782	-1312
Quelle: Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion – politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln. Stuttgart 1998. S. 47.										

Der Saldo in der Summe der Jahre 1979 bis 1989 betrug damit immerhin +3.537 Mio. DM, worin sich die Exportanstrengungen der DDR kumulierten. In den letzten drei Jahren hatte sich der Saldo wieder verschlechtert, wodurch die Außenhandelsbilanz für diese Zeit um kumulative -2.756 Mio. DM absank.¹¹⁵ Dies ergab, bezogen auf die 35.404 Mio. DM der gesamten Exportleistung dieser drei letzten Jahre, eine fehlende Exportsumme von 7,8 Prozent. Diese Relation kann man nicht als katastrophal im Sinne eines endgültigen Scheiterns der DDR deuten, obwohl sie anwachsende Schwierigkeiten im Westhandel anzeigte.

Die Außenverschuldung der DDR gegenüber dem »Westen« entwickelte sich wie folgt (Tabelle 8):

¹¹⁵ Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. S. 47.

Tabelle 8: West-Außenverschuldung der DDR 1981 bis 1989
(in Mrd. DM)

	1981	1985	1986	1987	1988	1989
Bruttoverschuldung im Ausland	27,8	54,7	50,6	29,0	29,4	52,5
Guthaben im Ausland (Forderungen)	5,0	19,1	16,0	16,1	16,7	17,9
Netto-Verschuldung im Ausland	22,8	15,6	13,6	12,9	12,7	14,4
Kumul. Passiv-Saldo im innerdeutschen Handel (IDH)	3,7	3,5	4,1	4,3	3,9	4,0
Ges. Zahlungsdefizit im Westen	26,5	19,1	17,7	17,2	16,6	18,4
Quelle: Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel. In: Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren. Opladen 1996. S. 60f.						

Diese Angaben zeigen, dass 1981 die Quote der Netto- an der Bruttoauslandsverschuldung mit 82,0 Prozent weitaus höher lag als 1989 mit 44,6 Prozent. Der Verschuldungsgipfel gegenüber dem westlichen Ausland (ohne IDH) war also 1989 lange überschritten. Die Nettoauslandsverschuldung war außerdem 1989 niedriger als 1985.

Zu Ende 1989 belief sich das Netto-Zahlungsdefizit auf 209 Prozent der Jahresausfuhr in die westlichen Industrieländer (ohne IDH). 1981 hatte diese Relation 407 Prozent betragen, war also vergleichsweise weitaus ungünstiger. In absoluter Höhe war 1989 das gesamte West-Zahlungsdefizit auch niedriger als 1985. »Tatsächlich war die Zahlungsbilanzsituation der DDR Ende 1989 weniger dramatisch als es aus den Selbstzeugnissen Schürers und Schalcks hervorgeht.«¹¹⁴ Damit sind die Enthüllungsgeschichten über den »Staatsbankrott« bzw. eine Zahlungsbilanzkrise der DDR zu Ende 1989 widerlegt.

¹¹⁴ Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel. S. 60.

Nach Angaben der Commerzbank von 1990 verfügte die DDR 1989 formal über beachtliche Devisenreserven, die im Verhältnis zum jährlichen Importbedarf relativ noch dreifach höher waren als im RGW-Durchschnitt.¹¹⁵ Die Bundesregierung übernahm 7,6 Mrd. DM Devisen-Guthaben auf den verfügbaren DDR-Auslandskonten. Bis zuletzt bediente die DDR pünktlich ihre Schulden im Verkehr mit den westlichen Gläubigerbanken.

Die DDR war selbst für ca. 9,5 Mrd. US-Dollar Kreditgeber an »befreundete« Staaten; allein gegenüber elf Entwicklungsländern existierten Ende 1990 Forderungen in Höhe von 6,75 Mrd. DM. Die Bundesregierung übernahm diese Guthaben nach der Vereinigung.

Die Exportergebnisse in Valutamark verschlechterten in den achtziger Jahren sich auch dadurch dramatisch, dass sich im Westhandel der Aufwands-Erlös-Faktor von Mark zu Valutamark von 2,4:1 bis auf 4,4:1 erhöhte. Das »im Inland verwendete Nationaleinkommen der DDR in den Jahren 1981 bis 1988 wuchs nur um 1.801,8 Mrd. Mark, während sich das »Produzierte Nationaleinkommen« um 1.882,9 Mrd. Mark erhöhte.¹¹⁶ Die Differenz von 81,1 Mrd. Mark war faktisch durch die Außenwirtschaft verloren.

Allein für das eine Jahr 1989 wird von Heske der dadurch bedingte Außenbeitrag der DDR auf +11,5 Mrd. DM oder +5,9 Mrd. Euro (auf Preisbasis 1995) beziffert,¹¹⁷ ein realer ökonomischer »Blutverlust« der DDR, der so hoch nicht dauerhaft tragbar war. Die DDR-Statistik »wertete« die West-Importe zu Binnenpreisen im umgekehrten Verhältnis 1:4,4 auf; dies erhöhte später dann u. a. die berüchtigten »Altkreditschulden« der DDR-Industrie nach der Währungsunion.

Die Devisen-Zinslast betrug, bezogen auf die saldierte West-Auslandsverschuldung insgesamt, zuletzt etwa 2,2 Mrd. DM.¹¹⁸ Daher stieß

115 Zeitschrift *horizont INTERNATIONAL*. H. 8/1990. S. 53.

116 Günter Kusch: *Schlussbilanz – DDR*. S. 19.

117 Gerhard Heske: *Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000*. S. 230.

118 Armin Volze: *Zur Devisenverschuldung der DDR – Entstehung, Bewältigung und Folgen*. In: Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig (Hrsg.): *Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik*. [= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren. Hrsgg. von Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig. Bd. 4.] Opladen 1999. S. 183.

die Höhe des Schuldendienstes (Zinsen plus Tilgungen) hart an die Grenzen des erschwerten Exports in die Devisengläubiger-Länder. Gleichzeitig reduzierten auch die hohen Rückzahlungsverpflichtungen (mit Zinsen) den im Inland noch verfügbaren Zuwachs an Volkseinkommen pro Jahr spürbar, mit analogen Wirkungen auf die jährlichen inländischen Endverwendungen.

Zunehmende Schwierigkeiten in der DDR-Westverschuldung wurden bereits 1987 in einem internen Papier von Schalck-Golodkowski (an Günter Mittag) avisiert, worin er einen jährlichen Exportüberschuss ab 1991 von mindestens fünf Mrd. VM als notwendig erkannte, der jedoch nur bei Einsatz von 20 Mrd. M (1:4) an laufendem Volkseinkommen erreichbar wäre.¹¹⁹

Dies bestätigt eindeutig: die immer ungünstigere Preisrelation von Inland- zu Exportpreisen (zuletzt 4 zu 1) wirkte als ein Hauptfaktor der latent kritischen und zu niedrigen West-Exporterlöse und damit der Devisenzwangslage der DDR. Hier erwies sich die laufende West-Kreditgewährung an die DDR in der Vorperiode als bequemes Mittel zur Strangulation der DDR über die Exportpreisbildung, die marktseitig realisiert wurde.

Doch die Aktiva im Westhandel lagen zu Ende 1989 nominell »immerhin noch bei 29 Mrd. VM und deckten 59 % der Verschuldung ab. Das Verhältnis der Auslandsaktiva zu den Importen belief sich auf 158 %, das heißt sie entsprachen den Einfuhren von 1 1/2 Jahren«, befand eine Studie der Deutschen Bank im Jahre 1999.¹²⁰ Der Verschuldungssaldo im Westhandel wurde dort für Ende 1989 mit -19,9 Mrd. VM amtlich beziffert.

Nach Angaben von Hans Modrow wurden im Jahre 1990 mit der Auflösung des KoKo-Bereiches 4,0 Mrd. DM von ausländischen Geheimkonten auf Staatskonten als Guthaben transferiert, so dass sich nach seiner Aussage die Auslandsverschuldung in Devisen von 21 auf 17 Mrd. DM netto verringerte.¹²¹

119 Herta König / Alexander Schalck: Standpunkt zur voraussichtlichen Entwicklung der Zahlungsbilanz NSW 1988 bis 1990 und der NSW-Verschuldung. Vom 16.10.1987, Papier für Günter Mittag. [Kopie in meinem Privatarchiv – Karl Mai.]

120 Deutsche Bank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989. S. 58.

121 Vgl. »Die Zeit« Nr. 46/1991. S. 11.

Die anfänglich dramatische Darstellung der DDR-Auslandsverschuldung im »Schürer-Geheimpapier« vom Oktober 1989 – die auch Uwe Müller überbetont – ergab sich aus einer politisch motivierten »Vereinfachung«: man hatte dort faktisch als »Auslandsverschuldung« die Brutto-Verschuldung in Höhe von 49 Mrd. VM angegeben und die Netto-Verschuldung von 19,9 Mrd. VM ausgeklammert, und Egon Krenz war mit dieser höheren Angabe sogar nach Moskau zu Gorbatschow gereist, um Hilfe zu erbitten. »Die Auslandsverschuldung der DDR war also mit 20,5 Milliarden DM um mehr als die Hälfte niedriger, als wir es im Oktober 1989 mit den 49 Milliarden Valutamark [...] ausweisen mussten«, korrigierte Gerhard Schürer später selbst sein irritierendes bzw. desinformierendes »Geheimpapier«. ¹²² Dieses Eingeständnis wird aber in den westdeutschen Medien wenig beachtet, weil es ein beliebtes Argument gegen die DDR entkräftet.

Hierzu liegt mit der Angabe für 1989 von 19,9 Mrd. Netto-Schulden der DDR auch die spätere amtliche Richtigstellung der Deutschen Bank ¹²³ vor, die weitgehend die vorherige Panikmache des »Geheimpapiers« entkräftet – von Uwe Müller immer noch unbeachtet, weil dies nicht in sein DDR-Bild passt. ¹²⁴ Müller rekuriert lieber auf einen »bis zuletzt vertuschten Staatsbankrott«, ¹²⁵ den er als Fakt betrachtete und emphatisch kommentiert. Dagegen stellt Armin Volze klar »Die Wende 1989 ist deshalb auch nicht durch eine akute Zahlungsunfähigkeit ausgelöst oder begleitet worden.«. ¹²⁶

André Steiner lieferte ebenfalls ein sachliches Urteil, wenn er schreibt: »Dabei belief sich die politisch relevante Verschuldung in konvertiblen Devisen auf 15,0 Mrd. Valutamark und damit auf 8,5 Mrd. Dollar ... Diese Größenordnung scheint, quantitativ betrachtet, durchaus beherrschbar gewesen zu sein. Insofern war die DDR im engeren Sinne tatsächlich (noch) nicht pleite.« ¹²⁷ Steiner klammert hier offenbar den Passivsaldo im Innerdeutschen Handel aus. Die Chance, die

¹²² Gerhard Schürer: Das Ende der DDR-Wirtschaft. S. 592f.

¹²³ So z. B.: Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der DDR von 1975 bis 1989.

¹²⁴ Uwe Müller: Supergau Deutsche Einheit. S. 67.

¹²⁵ Ebenda. S. 59.

¹²⁶ Armin Volze: Zur Devisenverschuldung der DDR. S. 151.

¹²⁷ André Steiner: Von Plan zu Plan – eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. S. 225.

Devisenlage generell zu verbessern, hing allerdings von der Ungewissheit der künftigen politischen Stabilität der SED-Herrschaft ab, noch selbst ihre Wirtschaftspolitik drastisch zu korrigieren.

2.2. ZUR INNEREN VERSCHULDUNG DER DDR

Die innere Verschuldung spielte eine gewisse Rolle, um die DDR auch damit politisch zu delegitimieren, nachdem sie nach der Währungsunion gleichsam »aufgestockt« wurde. Steiner belegt: »1970 lag die Verschuldung des Staatshaushalts beim Kreditssystem noch bei rund 12 Mrd. Mark, bis 1980 stieg sie kumuliert auf 43 Mrd. Mark und belief sich 1988 auf 125 Mrd. Mark. Ende 1989 erreichte sie schließlich 130 Mrd. Mark.«¹²⁸ Ende Mai 1990 waren als innere Kreditquellen die staatlichen Betriebe mit 27,8 Mrd. DM und die Privatpersonen mit 123,4 Mrd. DM auf der Passivseite der »Kreditbilanz der DDR« ausgewiesen worden.¹²⁹ Später gab dann die Treuhandanstalt hohe »Altkredite« für die Unternehmen an, die nach der Währungsumstellung fiktiv entstanden.

Diese saldierten »Schulden« resultierten überwiegend aus Zwangskrediten für die normalen Investitionen, weil die betrieblichen Gewinne und zumeist auch die Amortisationen zuvor durch den Staat zentralisiert wurden – so blieb den Betrieben zur operativen Finanzierung oft nur der Weg zum Kreditantrag. Investitionskredite der DDR-Betriebe waren eine in den letzten Jahren verbreitete Form der Finanzierung von planmäßigen bzw. auch »außerplanmäßigen« Investitionen.

Die hohen »Altkreditschulden« der DDR-Betriebe waren also eine Folge der angeordneten Kreditfinanzierung für Investitionen und insbesondere auch der Bewertung für investive West-Importe zu Preisen von 1:4,4 in der inneren Verrechnung für die Importabnehmer. Dadurch wurden die jungen, noch labilen Treuhandunternehmen nach der Währungsunion für diese Importe nachträglich noch zusätzlich in ihrer Finanzlast »bestraft« und hohen Zinslasten zugunsten westdeutscher Banken ausgeliefert. Die Schulden der THA-Betriebe

¹²⁸ Ebenda. S. 207.

¹²⁹ Monatsbericht der Deutschen Bundesbank 7/1990. S. 16 u. Anhang 4.

sind im Kern ein nomineller Schuldtitel; das DDR-Staatseigentum kann sich nicht an seinen Eigentümern, also an den Staat, in realer Weise selbst verschulden.

Wie die bilanzseitige Manipulation der Altkredite zustande kam, ist wie folgt nachzulesen: »Wenn z. B. einem Betrieb 1989 eine Anlage für 30 Mill. DM beschafft wurde, dann wurde sein Konto dafür mit 132 Mill. Mark (30 x 4,40) belastet. Bei der Währungsunion ab 1.7.1990 wurde die Schuld unsinniger Weise 1 : 2 auf 66 Mill. DM umgestellt und war damit mehr als doppelt so hoch wie der ursprüngliche Preis der Anlage.«¹⁵⁰

Auch folgende bankseitige Manipulation ist bemerkenswert: Während die DDR-Bürger bei der »großzügigen« Währungsumstellung Mitte 1990 in begrenzter Höhe Mark in DM 1:1 umtauschen konnten, gelangte gleichzeitig ein Betrag von 26,4 Mrd. DM als zusätzlicher Ausgleichsposten in die Staatsverschuldung (der DDR) – als Kehrseite der westdeutschen »Großzügigkeit«.

¹⁵⁰ Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel. S. 62, Fußnote 9.

3. Einige historische Besonderheiten der DDR-Geschichte

Die vorstehenden Daten zur Wirtschaftsdynamik und zu den Schulden der DDR sind erst im Kontext mit der DDR-Geschichte sachgerecht zu beurteilen; dabei ist auch die Periode vor dem Mauerbau 1961 unvoreingenommen zu bewerten.

3.1. SPEZIELLE URSACHEN/FAKTOREN DER AUSGANGSLAGE

In den Jahren unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gewaltige ökonomischen Ressourcen abgezogen – zunächst als Beute, danach als Demontagen und sodann als laufende Produktionsentnahmen für Reparationsforderungen.

Die Kontributionen umfassten allein 1945 den Abtransport von 21.834 Waggons mit Industriegütern und Anlagen, 73.493 Waggons mit Baustoffen und Einrichtungsgegenständen aus Privatwohnungen sowie 241.788 Waggons mit erbeuteten Lebensmitteln. Außerdem wurden 1945 447.741 Tonnen Schwarz-, Bunt- und Edelmetalle verladen.¹⁵¹ Aus der Sicht der verwüsteten sowjetischen Westgebiete war dies zwar verständlich, blieb aber ebenso ein nachwirkender Akt gegen die wirtschaftlichen Potenziale der Bevölkerung der SBZ, die auch weiterhin in der Nachkriegszeit die Hauptlast der materiellen Entschädigungen an die Sowjetunion tragen sollte.

Vom Rest des zu Kriegsende noch unzerstörten Nationalreichtums der SBZ von mehr als 94 Mrd. Reichsmark (RM) wurde ein sehr bedeutender Teil (insbesondere moderner Ausrüstungen) durch die Demontagen als Reparationsleistungen an die Sowjetunion (bis 1953)

¹⁵¹ Pawel N. Knyschewskij: Moskaus Beute – wie Vermögen, Kulturgüter und Intelligenz nach 1945 aus Deutschland geraubt wurden. München 1995. S. 40f.

abgezogen. Steiner gibt an, dass sich das Bruttoanlagevermögen der SBZ 1948 gegenüber 1945 von 123 auf 74 Prozent des Standes von 1936 (= 100) verminderte, d. h. auf 60 Prozent im Vergleich zum Kriegsende 1945.¹⁵²

Militärische wie auch zivile Forschungsbasen, Patente und Spezialisten wurden 1945 von amerikanischen und sowjetischen Sonderkommandos auf dem Territorium der SBZ requiriert. Das Besatzungsregime zerstörte mindestens 50 Prozent der industriellen Kapazitäten von 1944 in der SBZ, vorwiegend durch Demontage der Anlagen und Sprengung der Bauten der früheren Rüstungsindustrie. So verfügte die SBZ z. B. 1946 nur noch über eine äußerst geringe installierte Kraftwerksleistung.

Die Demontagen im Nachkriegsdeutschland verliefen in den einzelnen Besatzungszonen stark asymmetrisch. »Während demnach die britische und die amerikanische Zone mit einem Kapitalstock beginnen konnten, der mit 111 % deutlich größer war als 1936, wurde die französische Zone durch die Demontagen etwa auf den Stand von 1936 zurückgeworfen. Am härtesten traf es die SBZ, deren Bruttoanlagevermögen auf etwa drei Viertel des Vorkriegsstandes schrumpfte.«¹⁵³ Der größte Teil der Demontagen erfolgte in der SBZ, die insgesamt auch die Hauptlast aller Reparationen für die Sowjetunion trug.

Der Umfang aller dieser Verluste in der SBZ in Form von vorwiegend industriellen und verkehrstechnischen Ausrüstungen, Vorräten an Rohstoffen und Lebensmitteln, laufenden Produktionsentnahmen und sonstigen Requirierungen wurde von der westdeutschen Forschung insgesamt auf 54 Mrd. RM (Preisbasis 1944) bzw. 14 Mrd. US-

¹⁵² André Steiner: Von Plan zu Plan – eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. S. 28.

¹⁵³ Rainer Karlsch / Jochen Laufer (Hrsg): Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944-1949 – Hintergründe, Ziele und Wirkungen. [= Zeitgeschichtliche Forschungen. Bd. 17.] Berlin 2002. S. 25.

¹⁵⁴ Siegfried Wenzel: Plan und Wirklichkeit – Zur DDR-Ökonomie. S. 4. Wenzel führt die Untersuchungsergebnisse von Baar/Karlsch/Matschke aus dem Jahre 1993 an. (Lothar Baar / Rainer Karlsch / Werner Matschke: Kriegsfolgen und Kriegslasten Deutschlands (Zerstörungen, Demontagen und Reparationen). In: Studien zur Wirtschaftsgeschichte. Humboldt-Universität zu Berlin 1993.) Siehe auch: Jörg Fisch: Reparationen und Entschädigungen nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 6/2000. S. 691.

Dollar (Preisbasis 1938) geschätzt.¹³⁴ Dieser Umfang übertraf noch die Gesamtsumme der nach dem Krieg aus den USA geleisteten Marshall-Plan-Hilfe für das westliche Europa insgesamt und war ca. 12fach höher als der hiervon für die drei Westzonen bestimmte Anteil. Nach Steiner kommen dazu noch »etwa 1 bis 2 Mrd. RM, die für die intellektuellen Reparationen« (Abtransport von Spezialisten und Patenten in die Sowjetunion) zu rechnen sind.¹³⁵

Der Anteil für laufende Reparationen an der Verwendung des ostdeutschen Bruttosozialprodukt war 1945–1953 zweieinhalb Mal höher als derjenige in Westdeutschland. Er sank von 48,8 Prozent im Jahre 1946 auf 12,9 Prozent im Jahre 1953.¹³⁶ Infolge dieser Reparationen wurde die Erneuerung bzw. Wiederherstellung einer modernen Produktionsbasis acht Jahre lang verhindert, d. h. es musste nach dem Ausschlachten überwiegend bzw. weit verbreitet von der verminderten Substanz gezehrt werden. Industrielle Arbeitsteilung und Kooperation wurden enorm gestört und gehemmt. Zusätzlich verschärfend wirkten sich die materiellen Disproportionen aus, die sich aus der Zoneinteilung und der damit verbundenen Zertrennung alter, überkommener West-/Ost-Lieferbeziehungen ergaben.

Im Jahre 1950, noch vor Ende der Reparationen, lag die DDR um ca. 30 bis 50 Prozent im Niveau der volkswirtschaftlichen Produktivität gegenüber der BRD zurück.¹³⁷ Ein mittlerer Wert, der von Blum akzeptiert wird, liegt bei 40 Prozent.¹³⁸ Die nachfolgenden Jahre haben diese Relation offiziell dann nicht wesentlich zugunsten der DDR verbessern können: 1989 erreichte sie 56 Prozent des Standes der BRD und damit einen deutlichen, aber nur begrenzten Langzeiterfolg.¹³⁹

135 André Steiner: Von Plan zu Plan – eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. S. 33.

136 Ebenda.

137 Die Schätzungen westdeutscher Historiker sind stark schwankend, die offiziellen DDR-Daten wurden nicht akzeptiert. Siehe Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1995/2. S. 22ff. sowie Jörg Roesler: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. S. 46.

138 Ulrich Blum: Honeckers langer Schatten oder die aktuelle Wirtschaftsschwäche Ostdeutschlands. S. 113.

139 Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. S. 67.

Zwischen 1946 und 1953 betrug die Reparationen (aus laufenden Produktionsentnahmen) ca. 22 Prozent des kumulativen Bruttosozialprodukts, die den im Inland zu verbrauchenden Anteil des erzeugten Volkseinkommens stark minderten. Die Brutto-Investitionen in allen Wirtschaftsbereichen lagen 1950 bei 15 Prozent des Nationaleinkommens, in der Industrie bei 6,5 Prozent.¹⁴⁰ Die möglichen Netto-Investitionen betrug 1950 nur 5,8 Prozent des im Inland verwendeten Nationaleinkommens.

Die Folgen der Demontagen wären oberflächlich bewertet, wenn das restliche Produktionspotential in der SBZ je Einwohner lediglich quantitativ betrachtet und so mit dem westdeutschen Potential je Einwohner verglichen wird – entscheidend sind die qualitativen Auswirkungen der Demontagen auf die innere Struktur des Produktionspotentials der SBZ infolge des Verlustes der moderneren Anlagen und wichtiger produktiver Einrichtungen und die einen desolaten und disproportionalen Produktionsapparat hinterließen.¹⁴¹ Dies belastete die spätere Entwicklung der DDR erheblich, wenngleich sie diese auch nicht vollständig determinierte.¹⁴² Jörg Roesler stellte daher korrekter Weise fest: »Es ist demzufolge sehr wahrscheinlich, dass der größte Teil der Produktivitätsverluste in der späteren DDR in beträchtlichem Maße auch auf die Demontage der modernsten Ausrüstungen und auf – durch die Demontage verursachte – branchenstrukturelle Fehlentwicklungen zurückzuführen ist ...«¹⁴³ Es ist nicht übertrieben, von einem »dramatischen Ausmaß der Investitionslücke der fünfziger Jahre« zu sprechen, »die eine wesentlich negative Strukturpräfiguration darstellt«.¹⁴⁴

140 Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1995/2. S. 67.

141 So z. B. führt Albrecht Ritschl aus, dass »durch die ungleiche Verteilung der Flüchtlingsströme« »der Westen mit einer Bevölkerungszunahme belastet« war, »welche die Vorteile des besser erhaltenen Produktionsapparates aufwog« und daher »geht der Hinweis auf den durch die Demontagen ausgeübten Niveaueffekt fehl.«(!) In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. 1995/2. S. 21f.

142 Vgl. Rainer Karlsch / Jochen Laufer (Hrsg): Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944-1949 – Hintergründe, Ziele und Wirkungen. S. 26.

143 Jörg Roesler: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. S. 46.

144 Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1995/2. S. 65.

Nur unter Tabubruch erinnert man sich heute in Westdeutschland an die öffentlichen Forderung von 55 Professoren der Bremer Universität von 1989 zugunsten eines Lastenausgleichs für die DDR infolge der einseitigen ostdeutschen Reparationszahlungen, die Arno Peters initiierte und in der die Höhe der westdeutschen Ausgleichsschuld mit 727 Mrd. DM einschließlich der Zinsen benannt wurde.¹⁴⁵ Jedoch spiegelte diese enorme auflaufende Schuldenhöhe immer auch einen dramatischen kausalen Hintergrund für die Investitionsrückstände der DDR in der ganzen Zeit ihrer Geschichte.

Das Abtrennen des DDR-Territoriums aus dem früheren Wirtschaftsverbund des Deutschen Reiches forderte die Strukturpolitik hart, um die entstandenen Lücken im Produktionsapparat zu beseitigen. »Durch die Herauslösung aus dem nationalen Wirtschaftsverband Gesamtdeutschland wurde die DDR von ihren wichtigsten Rohstoff- und Energiequellen [...] getrennt; die Umrüstung der Steinkohlekraftwerke auf Braunkohle war durch die Demontage von 40 % der Braunkohle-Bergbaukapazitäten erheblich erschwert und nicht ausreichend« vermerkte 1989 das »Deutschland Handbuch«.¹⁴⁶

In den ersten Jahren verlor die DDR (zusätzlich zu den Reparationen sowie zeitlich anschließend) infolge der offenen innerdeutschen Grenze erhebliche Ressourcen an Material und Humanpotential. Der Bevölkerung ging zwischen 1949 und 1960 infolge Abwanderung und Abwerbung um ca. zehn Prozent zurück.

Die Zeit der offenen Grenze bis Mitte 1961 war von spezifisch innerdeutschen Ost-West-Verlusten geprägt: Diese hohen direkten und indirekten Verluste an Wirtschaftsressourcen und -potenzialen führten zu einem kumulierten Aderlass der DDR zugunsten der BRD, der über ein Jahrzehnt (1950–1961) hinweg die reale Akkumulation der DDR-Wirtschaft reduzierte.¹⁴⁷ Allein zwischen 1951 und 1961 verlie-

145 Interview mit Arno Peters: »Über ungleiche Lasten, die These vom Scheitern und Aussichten der Weltrevolution«. In »Neues Deutschland« vom 25./26.06.1994. S. 9.

146 Werner Weidenfeld / Hartmut Zimmermann (Hrsg.): Deutschland-Handbuch – eine doppelte Bilanz 1949–1989. München / Wien 1989. S. 640.

147 Die Verluste durch die offene Westgrenze werden bei mehr als 100 Mrd. DM geschätzt. (Vgl. Siegfried Burmester: Kooperation, kalter Krieg und Konkurrenz im Handel zwischen den beiden deutschen Staaten. In: Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 6. Hrsgg. von Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek. Bonn / Berlin 1996. S. 175).

ben 2,1 Mio. Menschen die DDR.¹⁴⁸ Steiner beziffert die Produktionsverluste von 1951 bis 1961 auf etwa 120 Mrd. Mark insgesamt. Den durch das Verlassen der DDR verursachten Verlust an Ausbildungskosten gibt er mit 16,3 Mrd. Mark an.¹⁴⁹ Insgesamt schätzt er den jahresdurchschnittlichen Verlust 1951 bis 1960 auf 3,7 Mrd. Mark der DDR offenbar viel zu niedrig ein, weil er den gesamten Produktionsverlust nicht berücksichtigt, sondern hieraus nur 24 Mrd. Mark »Einnahmeausfälle für den Staatshaushalt«. Korrigiert man diesen Fehler, dann erhöht sich der jährliche Verlust in diesem Zeitraum bereits auf 13,6 Mrd. Mark.

Uwe Müller hebt den riesigen Technologie-Transfer hervor, der mit dem aus den Gebieten östlich der Zonengrenze einsetzenden Abwanderungen von ca. »360.000 Unternehmen und Gewerbe« nach Westdeutschland verbunden war.¹⁵⁰

Es ist folglich nicht übertrieben, rückblickend festzustellen, dass die DDR ihre ausreichenden internen Investitionsquellen und ein leistungsfähigeres Profil erst einige Jahre nach dem Mauerbau 1961 gewann. Siegfried Wenzel betont daher korrekt: »Das heißt, rd. 50 % der für die realsozialistische Wirtschaftsentwicklung in der DDR zur Verfügung stehenden Zeit bestand zunächst aus fortwährenden Eingriffen in die Substanz der Produktion, aus Improvisationen, unökonomischen Notlösungen und Ungewissheit hinsichtlich der Deckung des Rohstoffbedarfs. Das waren die dreizehn Jahre, in deren zweiter Hälfte sich das Wirtschaftswunder der BRD voll entfaltete.«¹⁵¹ Als »unökonomische Notlösung« erwies sich auch später der enorm ineffektive Ersatz des Mineralöls durch die forcierte Nutzung der Braunkohle.

Weitere gewichtige Faktoren belasteten den volkswirtschaftlichen Wachstumsprozess der DDR mehr oder weniger schwer und fortdauernd:

¹⁴⁸ Klaus Blessing / Eckart Damm / Mathias Werner: Die Schulden des Westens – Wie der Osten Deutschlands ausgeplündert wird. 3. überarb. Aufl. Berlin 2006. S. 141.

¹⁴⁹ André Steiner in: Hans-Hermann Hertle (Hrsg.): Mauerbau und Mauerfall – Ursachen, Verlauf, Auswirkungen. Berlin 2002. S. 198.

¹⁵⁰ Uwe Müller: Supergau Deutsche Einheit. S. 50.

¹⁵¹ Siegfried Wenzel: Sozialismus gleich Mangelwirtschaft? In: Pankower Vorträge. Heft 14. Berlin 1999. S. 36.

- Die aus der wirtschaftsgeographischen Teilung hervorgehende einseitige und nachteilige Rohstoff- und Brennstoffbasis, die u. a. außerordentliche bzw. wachsende Aufwände für die Erschließung und Nutzung (Braunkohlenbergbau, Metallurgie, Energie) erforderte;
- die seit 1945 erfolgte Abtrennung von den herkömmlichen Versorgungsquellen für Halbzeuge, Vorprodukte und Zulieferungen (Westdeutschland bzw. Schlesien);
- die permanenten enormen Transportkosten für die gewaltigen Güterströme im Warenaustausch zwischen DDR und UdSSR über die riesigen Entfernungen und durch Polen, die u. a. ständig einen hohen Leistungsausgleich gegenüber Polen bedingten;
- das West-Embargo für Hochtechnologie, das die internationale Zusammenarbeit mit ihren Vorteilen nachhaltig einengte und extern die Wettbewerbsfähigkeit der DDR aus politischen Gründen (Kalter Krieg) abdrosselte, jene gewollte Schwächung auf Exportmärkten also, die jetzt in Umkehrung von Ursache und Wirkung der SED-Herrschaft vorgeworfen wird;
- der Ressourcentransfer der DDR in andere »befreundete« Länder über den gelenkten Außenhandel, der politisch auferlegt war und permanent die Importhöhe abschwächte bzw. zu hohen »verlorenen« Krediten an einige der Schuldner-Staaten führte; und
- die Politik der Inanspruchnahme westlicher Devisen-Kredite etwa ab 1972, die infolge hoher Zinslasten rasch zur kreditären Refinanzierungsspirale führte und als indirekt zur Absenkung der Devisen-Erlöse für DDR-Exporte beitrug, sich also letztlich als chronischer Verlust vom produzierten Volkseinkommen auswirkte.

Auch geologische Faktoren spielten eine immense Rolle: So z. B. war die erzwungene DDR-Braunkohlennutzung mit ihrer extremen Einseitigkeit und umweltfeindlichen Technologie ein folgenschwerer Schwachpunkt der Volkswirtschaft, der stark überhöhte Investitionen (für die Erschließung und den Abbau) und enorme Transportleistungen erforderte sowie die Umwelt gefährlich belastete. Der Uran- und Kupfererzbergbau wurde aus strategischen Gründen praktisch um jeden Preis betrieben.

Wie Rainer Karlsch erstmalig zeigte, musste die SBZ/DDR zwischen 1946 und 1953 insgesamt 15,1 Mrd. Mark (Ost) für den Uranerzbergbau aufwenden, erhielt jedoch dafür nur 2,7 Mrd. Mark als Gut-

schrift auf dem Reparationskonto. Später änderten sich die Berechnungsgrundlagen für die Uranerzlieferungen mehrfach, aber Karlsch bemerkt zusammenfassend, dass »das permanente Zuschussgeschäft [...] jährlich mit mehreren hundert Millionen Mark aus der Staatskasse subventioniert wurde«. ¹⁵²

Als Mitglied des Warschauer Paktes musste die DDR auch ihre Militärausgaben beträchtlich anheben: Die riesigen Waffen- und Munitionsberge der NVA, die die Bundesregierung nach der Vereinigung verschenkte, verkaufte oder verschrottete, waren zuvor buchstäblich zu Lasten der produktiven Investitionen der DDR-Wirtschaft angehäuft oder »abgedarbt« worden. Bisher hat keine »DM-Eröffnungsbilanz« den Wert des übernommenen Sachvermögens der NVA je in Ansatz gebracht, der mit ca. 200 Mrd. DM ¹⁵³ abzuschätzen war. Dies bedingte z. T. auch den übergroßen Rückstand der ökologischen Investitionen bzw. die Höhe der nach 1990 anfallenden ökologischen Sanierungslasten.

Wenzel spricht daher von einer »Gratwanderung in einem fast magischen Dreieck der ökonomischen Entwicklung der DDR, der durch Kriegseinwirkungen und Demontagen um $\frac{1}{3}$ reduzierten industriellen Substanz der DDR: der überdimensionierten Entnahmen für Reparationen aus der laufenden Produktion und der Sicherung der elementaren Lebensvoraussetzungen der Bevölkerung und deren notwendigen langsamen Verbesserung angesichts des Wirtschaftswunders in der BRD«. ¹⁵⁴

Dieses »magische Dreieck« belastete die ersten Nachkriegsjahre bis zur Mitte der 50er Jahre in dramatischer Weise. Hinzu kamen die teilungsbedingten Disproportionen in der Rohstoff- und Materialversorgung der traditionell hoch entwickelten Industrie der DDR, für die es bis zur Mitte der 50er Jahre keinen Ausgleich gab. »Das Hauptproblem für die SBZ/DDR lag aber zweifellos darin, dass die entstandenen Disproportionen zumindest bis hoch in die 50er Jahre hinein

¹⁵² Rainer Karlsch: Uran für Moskau – die Wismut. 3. Aufl. Berlin 2008. S. 107, 109, 117.

¹⁵³ Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? S. 176.

¹⁵⁴ Siegfried Wenzel: Die DDR-Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen objektiven Bedingungen und Politik der SED In: Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 6. Hrsgg. von Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek. Bonn / Berlin 1996. S. 98.

durch die Lieferunfähigkeit der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder über einen Warenaustausch des Außenhandels nicht ausgleichbar waren.«¹⁵⁵ Der Bezug der benötigten Materialien aus der BRD jedoch blieb unzureichend und wurde im Kalten Krieg schon ab 1952 praktisch bedeutungslos.

3.2. GRUNDSÄTZLICHE UNTERSCHIEDE DER WIRTSCHAFTSORDNUNG ZUR MARKTWIRTSCHAFT

Schließlich muss daran erinnert werden, dass die DDR-Planwirtschaft sich niemals an rein marktwirtschaftlichen Kriterien messen lassen wollte und konnte, da sie typisch zentralistischen und bürokratischen Lenkungsformen verhaftet war und staatssozialistischen Wirtschaftszielen diente. Ihre Struktur war eng, fest und langfristig mit dem RGW-Stoffkreislauf verzahnt, daher nicht in den westlichen Weltmarkt arbeitsteilig integriert und reagierte folglich auf Veränderungen vergleichsweise nur mäßig dynamisch bzw. flexibel.

Aber dieser Zustand war nicht nur durch implizite Mängel des DDR-Planungssystems und durch die Regelungen im RGW bedingt. Andere Faktoren kamen hinzu, so z. B. die je Einwohner außerordentlichen Lasten des Verteidigungshaushalts und des inneren Sicherheitssystems. Die Gesamtausgaben im Militär- und Sicherheitsbereich lagen 1988 offiziell bei 21,7 Mrd. M¹⁵⁶ und erreichten damit acht Prozent des »produzierten Nationaleinkommens«.

Dies wurde politisch durch den Kalten Krieg und das auszehrende Wettrüsten verursacht. Immerhin verfolgte die NATO das wirtschaftsstrategische Ziel, die Ressourcen der RGW-Staaten in die unproduktive Konsumtion des Militärwesens fehlzuleiten und den Lebensstandard der RGW-Staaten zu drücken, da sie sich pro Kopf (im Vergleich zur volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit) relativ höher mit den Verteidigungsausgaben belasteten. Diese Politik dominierte auch wesentlich die DDR-Ökonomie. Der Abzug von materiellen Ressourcen für den Militärverbrauch aus dem wirtschaftlichen Kreislauf wirkte

¹⁵⁵ Ebenda. S. 96.

¹⁵⁶ Siehe Gernot Gutmann / Hannsjörg F. Buck: Die Zentralplanwirtschaft der DDR – Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz. S. 14.

sich hierbei relativ stärker aus: Die von Anfang an niedrigere Produktivität im Verhältnis zur westdeutschen Marktwirtschaft hatte – auch infolge der pro Kopf vergleichbar hohen Verteidigungslasten – schwächte schon in den 60er Jahren die volkswirtschaftlichen Effektivität chronisch.

Es ist nicht zu leugnen, dass die DDR-Wirtschaft 1989 sich in einem angespannten, sich potenziell verschlechternden außenwirtschaftlichen Zustand befand, der auf die Investitionshöhe in der Binnenwirtschaft zeitweilig durchschlug und langjährig fortgeschleppte deutliche Rückstände (gegenüber Westdeutschland) an Produktivität, Effizienz und ökologischer Qualität verfestigte. Dies war einerseits durch die nach 1975 vertragsmäßige Erhöhung für Rohölpreise an das Weltmarktpreisniveau für die Lieferungen aus der SU extern verursacht. »So stiegen die Importpreise für Erdöl aus der UdSSR von 1974 bis 1986 um das 11fache, die Preise für Erdgas um das 7fache [...] Nach Berechnungen der DDR-Institutionen verschlechterten sich die Austauschverhältnisse gegenüber der UdSSR von 1975 bis 1985 um circa 20 Mrd. VM.«¹⁵⁷

Andererseits wurde die volkswirtschaftliche Effektivität durch den zuletzt rapiden Rückgang der West-Exporterlöse im Verhältnis zu den DDR-Binnenpreisen (bis auf 1:4,4) geschwächt: »Allein in den Jahren 1986 bis 1989 trat ein Valutaausfall gegenüber dem Plan in Höhe von 6,6 Mrd. VM ein«, ergänzt Wenzel die Lage.¹⁵⁸

Die DDR konnte sich beiden negativen äußeren Einwirkungen nicht entziehen, die sich kumulierten. Nicht zuletzt fiel daher zunehmend ins Gewicht, dass sich die Exporterlösquote in Devisen verschlechterte. Dies drückte die realsozialistischen Exporterlöse unter eine tragbare Relation und erwies sich damit als ein Fiasko für die exportabhängige Tilgung der Devisenschulden.

Hinzu kam, dass auch der Warenaustausch mit dem RGW-Block insgesamt nicht mehr ausgeglichen verlief: zwischen 1979 und 1989 entstand hier ein Plus-Saldo von 6,3 Mrd. VM.¹⁵⁹ Benötigte Importe

¹⁵⁷ Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989. S. 27.

¹⁵⁸ Siegfried Wenzel: Die Rolle der Ökonomie im finalen Entwicklungsabschnitt der DDR. Pankower Vorträge Heft 20. Berlin 2000. S. 17.

¹⁵⁹ Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989. S. 35.

konnte die DDR daher aus dem RGW-Bereich nicht ausgleichend erreichen, was den Druck auf den Handel mit Devisenländern erhöhte.

Der Handel mit Ländern in konvertibler Währung verlief im Zeitraum 1981 bis 1986 noch mit einem Überschuss in Höhe von 12,4 Mrd. VM. Durch den Verfall der Erdölpreise ab 1986 schlug der frühere Überschuss im Zeitraum von 1987 bis 1989 in ein Defizit von 7,7 Mrd. VM um – der »Todesstoß« für die DDR-Wirtschaft im Westhandel.¹⁶⁰ Gleichzeitig forderte die UdSSR erstmals auch konvertible Währung für zusätzliche Erdöllieferungen. So geriet die DDR-Außenwirtschaft in eine Zwangsjacke.

Das im Inland verwendete Volkseinkommen fiel im Vergleich mit dem produzierten weiter zurück, die Verluste im West- und Ost-Export wurden untragbar hoch. Wie Heske berechnete, belief sich der Plus-Saldo der DDR im Außenhandel zwischen 1981 und 1989 auf insgesamt 97,6 Mrd. DM oder 49,9 Mrd. Euro zu Preisen von 1995, der allerdings neben den deutlichen Preissteigerungen z. T. auch die Devisen-Kreditverpflichtungen aus der Vorperiode abdecken musste.¹⁶¹

Der Saldo der Zinszahlungen in West-Devisen summierte sich zwischen 1978 und 1988 auf insgesamt 30,3 Mrd. VM¹⁶², wobei DM-Sondereinnahmen im Zahlungsverkehr in diesem Zeitraum in Höhe von 18,2 Mrd. DM für die Bewältigung der Westverschuldung »von größter Bedeutung« waren.¹⁶³

¹⁶⁰ Ebenda. S. 42.

¹⁶¹ Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. S. 230.

¹⁶² Armin Volze: Zur Devisenverschuldung der DDR. S. 183.

¹⁶³ Ebenda. S. 182, 189.

4. Ein Blick zur BRD vor 1990

Faktenwidrig wäre es, die BRD 1989 als das »Wunderland der Ökonomie« zu glorifizieren, das keine ernsten wirtschaftlichen Schwachpunkte und Strukturprobleme in die Vereinigung einbrachte, wie bei Grosser eindrucksvoll nachgelesen werden kann, der dazu ein instruktives Kapitel beisteuerte.¹⁶⁴

Die BRD befand sich, wie bereits durch Daten belegt, vor der Vereinigung im üblichen konjunkturellen Auf und Ab, aber mit abnehmenden Wachstumsraten in einem schwierigen Strukturwandel sowie nicht ohne bedeutende Vorgriffe auf künftige Steuer- bzw. künftige Staatseinnahmen in Gestalt hoher öffentlicher Schulden. Dazu kamen die zunehmende chronische Arbeitslosigkeit und ebenfalls beachtliche akute Umweltschäden.

Uwe Müller erinnert daran: »Ohne die Zuwanderung (aus den Gebieten östlich der Zonengrenze) hätte die Industrieproduktion im Westen 1975 um etwa 18 Prozent niedriger gelegen – wobei in diesem Wert nicht einmal die zwischen 1945 bis 1950 angekommenen Flüchtlinge und Aussiedler berücksichtigt sind.«¹⁶⁵

Auch zur Erinnerung: Das Bruttoinlandsprodukt des früheren Bundesgebietes stieg in der Zeit von 1970 bis 1980 um durchschnittlich 2,9 Prozent pro Jahr, aber im Zeitraum 1980 bis 1991 nur noch um durchschnittlich 2,6 Prozent pro Jahr.¹⁶⁶ Die Arbeitslosenquote schwankte seit Mitte der 80er Jahre in der alten BRD um sieben Prozent. Die Kosten durch Umweltschäden und der Aufwand für ihre Vermeidung und Beseitigung von Altlasten erreichten zur Mitte der 80er Jahre eine

¹⁶⁴ Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. S. 69ff.

¹⁶⁵ Uwe Müller: Supergau Deutsche Einheit. S. 50.

¹⁶⁶ Mitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 5.9.2006 im Internet

bedeutende Höhe.¹⁶⁷ Hierfür wurden im Zeitraum 1980 bis 1989 1,6 Prozent des produzierten Volkseinkommens verbraucht.¹⁶⁸

Während die DDR zum Teil ihren relativ »überhöhten« konsumtiven zivilen und militärischen Verbrauch durch zu niedrige, zuletzt sinkende produktive Netto-Investitionen, Vernachlässigung von Ersatzinvestitionen in manchen Wirtschaftszweigen (»Raubbau an der Substanz«) und flächenhaft katastrophale Verseuchung der Umwelt »überspielte«, stellt sich die BRD von vornherein als ein mit wachsenden staatlichen Schulden finanziertes Gesellschaftssystem dar, das einen disproportionalen Investitionsprozess und eine akute Umweltkrise vermeiden konnte und somit »blendende Schaufenster und Fassaden« im Kontrast zur DDR errichtete.

1989 beliefen sich die BRD-Staatsschulden auf 923,5 Mrd. DM und waren damit – hier folgt ein unüblicher Vergleich, der eine neue Aussage erlaubt – mehr als doppelt so hoch wie die gesamten Netto-Auslandsguthaben der BRD-Wirtschaft: Der Saldo von Staatsschulden (923,5 Mrd. DM) und ausländischen Guthaben der BRD-Wirtschaft (-426,8 Mrd. DM) betrug bei konvertibler Währung insgesamt -496,7 Mrd. DM.¹⁶⁹ Daran kann man ermessen, wie sehr auch der alte BRD-Staat – aus der Sicht neoliberaler Kritiker – zuvor »auf Kosten künftiger Generationen« gelebt hat: Obiger Negativ-Saldo beträgt immerhin 22 Prozent des Bruttoinlandprodukts zu Marktpreisen für 1989.

Ausländische Anleger hielten 1990 DM-Forderungen gegenüber öffentlichen Institutionen der BRD in Höhe von 220 Mrd. DM¹⁷⁰, die als

¹⁶⁷ So z. B. stiegen die westdeutschen Luftemissionen zwischen 1960 und 1980 von 568,1 Millionen Tonnen auf 817,7 Millionen Tonnen, d. h. auf 144 % an. (Statistisches Bundesamt: Zahlenkompass 1999. S. 90.) Zwischen 1975 und Anfang der 90er Jahre verdoppelte sich das Bruttoanlagevermögen für den Umweltschutz des westdeutschen Staates und wuchs beim »Produzierenden Gewerbe« auf das Zweieinhalbfache. (Statistisches Bundesamt: Zahlenkompass 1995. S. 78) Die vorhandenen Altlasten wurden auf einen westdeutschen Altlastenbestand mit Finanzierungsaufwand von insgesamt ca. 41 Mrd. DM (1989) geschätzt. (Sondergutachten »Altlasten« des Rates der Sachverständigen für Umweltfragen. Bundestags-Drucksache Nr.11/6191. Bonn 1989. S. 184.)

¹⁶⁸ Günter Kusch: Schlussbilanz – DDR. S. 70.

¹⁶⁹ Nach Gerlinde Sinn / Hans-Werner Sinn: Kaltstart – Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung. S. 276.

¹⁷⁰Quelle:

http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen.php?func=row&tr=bq1715

rein fiskalische Brutto-Auslandschulden¹⁷¹ zu werten sind. Saldiert mit den Guthaben ausländischer Notenbanken und internationaler Institutionen bei der Bundesbank, belief sich die so errechnete Netto-Auslandsverschuldung auf 168,5 Mrd. DM, d. h. pro Kopf auf 2.700 DM. Diese fiskalische Verschuldung gegenüber dem Ausland betrug 164 Prozent im Vergleich zu den analogen Pro-Kopf-Devisenschulden der DDR.

Bei einer derartigen inneren und äußeren Verschuldung gründete sich der Erfolg des Marktwirtschaftssystems der BRD erheblich auf »Vorriffsverzehr« der Erträge nachfolgender Zeiträumen – auch der Folgegeneration. Trotz der westdeutschen öffentlichen Verschuldung war im Zeitraum 1980 bis 1989 der BIP-Zuwachs der BRD mit 119 Prozent niedriger als in der »maroden« DDR mit 127 Prozent (Preisbasis Euro1995).¹⁷²

Grosser bescheinigte der Bundesrepublik 1989 Rückstände in der Arbeits- und Kapitalproduktivität gegenüber den USA, Innovationschwächen in Spitzentechnologien und globale Wettbewerbsnachteile gegenüber den Hauptkonkurrenten trotz der hohen Überschüsse im Außenhandel: »Die Lage der westdeutschen Wirtschaft am Vorabend der Wiedervereinigung 1990 war somit ambivalent. Einerseits ging es ihr glänzend. Andererseits war zu befürchten, dass der Glanz schnell wieder verblassen und die nächste Rezession die Innovations- und Anpassungsschwächen erneut bloßlegen würde.«¹⁷³

Der ambivalente Blick auf die BRD vor der Vereinigung zeigt, dass viele Vorwürfe wegen mangelnder Reformfähigkeit nicht nur die Spätphase der DDR kennzeichnen, sondern auch zum Repertoire einer »modernen Marktwirtschaft« gehörten, deren Schwächen und Fehler nach der Vereinigung noch deutlicher sichtbar wurden.

¹⁷¹ Diese fiskalischen Schulden 1990 sind nicht saldierfähig gegen private Auslandsguthaben der deutschen Wirtschaft 1990 insgesamt, weil der Fiskus sich durch letztere nicht entlasten kann.

¹⁷² Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. S. 51.

¹⁷³ Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. S. 69.

5. Sichtweisen und Fazit zur Endlage der DDR-Wirtschaft

Klaus Steinitz fasste seine Analyse zum Ende der DDR in die Worte, »dass die These von der durchweg maroden DDR-Wirtschaft die Realitäten äußerst verzerrt widerspiegelt.«¹⁷⁴ Dem ist angesichts der vorstehend statistisch belegten Sachlage und ihrer komplexen Einbindung in das historische Umfeld voll zuzustimmen. Damit sollen die inneren Mängel und Schwierigkeiten des »Realsozialismus« nicht bestritten werden. Es geht vielmehr darum, die einseitigen Sichtweisen, Legenden und Delegitimierungsbemühungen der meinungsbildenden Interpreten des Weges zur Vereinigung historisch richtig zu stellen. Solchen Interpretationen hatte auch Edelbert Richter vor einigen Jahren entgegengehalten: »Denn die DDR war weder ›bankrott‹, noch war das Produktivkapital, das sie hinterließ, ›alles Schrott‹.«¹⁷⁵

Siegfried Wenzel verweist auf die Gewichtung der historischen Bedingungen, unter denen die Ostdeutschen nach 1945 ihre wirtschaftlichen Leistungen erbracht hatten, gleich »welche Mängel dem realsozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem angelastet werden können.«¹⁷⁶ Zum letzteren Aspekt sei ergänzend auch auf meine knappe Studie zur »Mangelwirtschaft der DDR« verwiesen.¹⁷⁷

Rückblickend auf die Nachkriegsentwicklung im Osten Deutschlands wird erkennbar, dass der ökonomische Kahlschlag durch die enorm hohen Reparationen sowie die hohen Verluste aus der offenen Grenze bis Mitte 1961, die während der ersten 15 Jahre nach dem Kriegsende zu tragen waren, eine lange nachwirkende Ursache für

¹⁷⁴ Klaus Steinitz: Das Scheitern des Realsozialismus – Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert. Hamburg 2007. S. 40.

¹⁷⁵ Edelbert Richter in Willy-Brandt-Kreis (Hrsg.): Zur Lage der Nation – Leitgedanken für eine Politik der Berliner Republik. Berlin 2001. S. 105.

¹⁷⁶ Siegfried Wenzel: War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende? S. 15.

¹⁷⁷ Karl Mai: »Zur Mangelwirtschaft« in der DDR – Versuch einer systemtheoretischen Nachbetrachtung, 2006.

<http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m2406.pdf>

den »nachhinkenden« bzw. chronischen Produktivitäts- und Altersrückstand des DDR-Kapitalstocks (im Vergleich zu Westdeutschland) bildeten.¹⁷⁸

Als kurze historische Erklärung stehen folgende Ausführungen für die ersten 15 Nachkriegsjahre: »Die objektiven Hemmnisse und Erschwernisse, die sich dem neuen, eigenständigen Staatswesen im Osten Deutschlands entgegenstellten, waren enorm, machten aus seiner Behauptung und Entwicklung –>igentlich ein geradezu verzweifelttes Unterfangen« [...] Die vom Westen ausgehende Spaltung Deutschlands und der Kalte Krieg vergrößerten die Schwierigkeiten nicht nur, sie multiplizierten sie. Die DDR unterlag den gezielten Schlägen der noch in den vierziger Jahren anlaufenden Embargomaßnahmen und des bei offener Grenze [...] gegen sie geführten Währungs- und Wirtschaftskrieges.«¹⁷⁹

Die Zeit von 1945 bis 1961 fehlte für eine branchenmäßig und wirtschaftszweiglich ausgewogene, d. h. »normale« Reproduktion des Anlagekapitals bei rasch wachsender Arbeitsproduktivität, jene 15 Jahre mit ihren relativ hohen substanziellen Verlusten durch Reparationen und der Auszehrung durch die offene Westgrenze. Infolge einiger spezifischer Faktoren der Folgezeit sowie auch der Zwänge des RGW und der enormen Lasten des Kalten Krieges zwischen den Systemen konnte der relative große Anfangsrückstand in der Produktivität aus der Periode vor 1961 später mittels der in der DDR betriebenen Modernisierung von Industrieanlagen sowie im Wohnungsbau objektiv nicht mehr hinreichend aufgeholt oder sogar ausgeglichen werden.

Die Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe der DDR erreichte 1989 pro Erwerbstätigen nur 34 Prozent des westdeutschen Niveaus; in der Volkswirtschaft insgesamt lag die BIP-Leistung je Erwerbstätigen bei 45 Prozent.¹⁸⁰ (Dem entsprach auch ein analog höherer Energieverbrauch für die Produktionsleistungen.) Damit war letztlich die politische Absicht der DDR-Führung zunichte geworden, im historischen Wettbewerb mit dem westdeutschen kapitalistischen

¹⁷⁸ Siehe auch Klaus Blessing /Eckart Damm / Mathias Werner: Die Schulden des Westens – Wie der Osten Deutschlands ausgeplündert wird. S. 59ff.

¹⁷⁹ Gerhard Fischer (Hrsg.): Gegen den Zeitgeist – zwei deutsche Staaten in der Geschichte. Schkeuditz 1999. S. 317f.

¹⁸⁰ Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. S. 66f.

Marktwirtschaftssystem den Realsozialismus in Deutschland ökonomisch zum Siege zu führen.

Der relative DDR-Rückstand in der gesellschaftlichen Produktivität verminderte sich nach 1985 (gegenüber Westdeutschland) zuletzt nicht weiter, was auch auf exogene und endogene Hemmungen der Wirtschaftseffizienz sowie Fehlleistungen hinweist. Dennoch kann von echter wirtschaftlicher Stagnation auch im letzten Jahrzehnt überhaupt keine Rede sein. Die BIP-Wachstums- und Investitionsraten in der alten BRD waren der DDR im letzten Zehnjahres-Durchschnitt nicht überlegen, sondern sogar niedriger (siehe Abschnitt 1).

Die Devisen-Schuldenquote der DDR (als Anteil der Nettoverschuldung an den Exporterlösen in konvertibler Währung) war 1989 jedenfalls nicht halb so hoch wie die Bulgariens, etwas über ein Drittel der von Ungarn und weniger als ein Fünftel der von Polen.¹⁸¹ Die Westverschuldung war nicht fatalistisch ausweglos, denn die DDR hatte neben größeren verfügbaren Liquiditätsreserven auch hohe Forderungen gegenüber Ländern mit konvertiblen Währungen. Letztere beliefen sich zu Ende 1989 auf 29 Mrd. VM und deckten bilanzseitig 59 Prozent der Verschuldung ab.¹⁸² Leider konnten diese Forderungen überwiegend nicht oder nicht rasch genug mobilisiert werden, um die eigenen Devisen-Verpflichtungen stärker zu reduzieren – ihre Schuldner in konvertibler Währung waren zumeist arme oder zahlungsunfähige Entwicklungsländer.

Rückblickend schreibt Volze zur Devisenverschuldung der DDR: Es dürfte klar sein, »dass nicht die Devisenverschuldung und ihre Folgen die Hauptursache für den desolaten Zustand der DDR-Wirtschaft am Ende der 80er Jahre waren.«¹⁸³ Die Wirtschaft war zwar 1989 in anwachsenden und z. T. chronischen inneren Disproportionalitäten und Schwierigkeiten, stand aber keineswegs unmittelbar vor ihrem endogenen ökonomischen Zusammenbruch.¹⁸⁴ Es zeigten sich

¹⁸¹ Nach Angaben der Commerzbank in: *horizont INTERNATIONAL* 8/1990, S. 55.

¹⁸² Deutsche Bundesbank: *Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989*, S. 58.

¹⁸³ Armin Volze: *Zur Devisenverschuldung der DDR*, S. 170.

¹⁸⁴ Vgl. die zusammenfassende Analyse von Klaus Steinitz: *Wirtschaft bankrott? DDR-Ökonomie Ende der achtziger Jahre*. In Stefan Bollinger (Hrsg.): *Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe*. Berlin 2004 und

anhaltende Schwächen der Wirtschaft, wie z. B. gesundheitsbelastende und flächendeckende Umweltverschmutzungen in Ballungszentren, stark vernachlässigte Bereiche der Infrastruktur, zu schwache Preisdurchsetzungs- und Innovationskraft der Exportwirtschaft, evidente chronische Zweigstrukturmängel bei z. T. fehlerhafter Strukturpolitik, zuletzt zurückgehende Netto-Investitionsraten in mehreren der produzierenden Branchen sowie latente und zeitweilig akute Probleme in der Tilgung für Devisenschulden im West-Außenhandel. Die DDR-Führung lavierte zuletzt zwischen den enormen Zwängen aus dem Westexport und ebenso den Importrestriktionen und Preisanhebungen aus der UdSSR – das im Inland noch verfügbare jährliche Volkseinkommen ging infolge der Außenbeziehungen auffallend in Milliarden-Größenordnungen (wie schon gezeigt) zurück, was zum Absinken der Netto-Akkumulationsrate von 1980 bis 1988 um 3,5 Prozent-Punkte und der Nettoinvestitionsrate im »produzierenden Bereich« um 1,9 Prozent-Punkte führte.¹⁸⁵

Einerseits wurde beim Kapitalstock mancher Wirtschaftszweige eine zu hohe Überalterung oder Unterreproduktion toleriert bzw. notgedrungen zu Gunsten von andererseits auch eindrucksvollen Aufbau- und Entwicklungsleistungen im RGW-Rahmen in über 40 Jahren bevorzugt entwickelter Wirtschaftszweige hingenommen. Generell wurde langfristig der elementare Umweltschutz der politisch geprägten Wirtschaftsstrategie und ihrer widersprüchlichen Zwänge in der Investitionspolitik geopfert.

Fasst man allein die vorstehend belegten negativen externen Ein- und Rückwirkungen auf die DDR-Wirtschaft aus den Außenbeziehungen knapp zusammen, so ist vor allem festzuhalten:

- der langjährige Rückstand der Investitionsrate in der Zeit vor 1961 infolge der Demontagen, Reparationen und der durch die offene Westgrenze bedingten dramatischen materiellen und humanpotenziellen Verluste, die später nicht mehr aufholbar waren;

Klaus Steinitz, *Das Scheitern des Realsozialismus*. Hamburg 2007. S. 35f. sowie die fundierten Darstellungen von Wenzel (siehe Literaturverzeichnis).

¹⁸⁵ Günter Kusch: *Schlussbilanz – DDR*. S. 19; Stefan Bollinger: *Sozialstaat DDR*. Hefte zur DDR-Geschichte. Heft 94. S. 47

- die Disproportionen in der industriellen Struktur nach der Teilung sowie der hierfür erforderliche enorme investive Aufwand für deren angestrebten Ausgleich;
- die steigenden Belastungen durch die gemeinsamen Verteidigungsmaßnahmen im Rahmen des Warschauer Pakts und des Aufbaus einer modernen Armee, die je Kopf höher waren als in der BRD;
- die harten Einschränkungen der NATO-Embargopolitik für den Import von High-Tech-Erzeugnissen und strategischen Gütern;
- die anwachsenden Zinszahlungen für Devisenkredite sowie auch die letztlich belastend zunehmenden DDR-Forderungen in Devisen gegenüber kaum rückzahlungsfähige »befreundete« Entwicklungsländer;
- die Spät- und die Direktfolgen der Erdölpreis- und Erdöllieferpolitik der Sowjetunion in den 80er Jahren mit ihren drastischen Wirkungen auf den Saldo der DDR-Exporte;
- die zu geringen ausgleichsfähigen Importe aus mehreren RGW-Länder mit ihren Folgen für die andauernden Handelsbilanz-Überschüsse dorthin;
- der unabwendbare Preisverfall für Westexporte je Ost-Mark-Aufwand im Zuge des wettbewerblichen Zwanges zum Abbau der ständig belastenden Kreditverpflichtungen schon aus den 70er Jahren, mit der Folge des wiederholten Rückgangs der inländischen Verwendung von Volkseinkommen, besonders in der Spätphase der DDR.

Die Antwort auf die Frage nach der Dominanz der äußeren oder inneren Entwicklungshemmnisse für die DDR, die ihren ökonomischen Rückstand bis zum Jahre 1989 entscheidend bedingten, ist nach wie vor Gegenstand der kritischen Rückschau auch unter den Linken. Dabei spielt offenbar auch eine Rolle, dass manche Autoren subjektiv jene Stabilität, Krisenfestigkeit und hohe marktwirtschaftliche Flexibilität in einer homogenen Vision eines wirtschaftlichen Mechanismus vereinigt sehen möchten – die es in der vormaligen Realität nicht gab. Der Realsozialismus konnte sich nicht erfolgreich von den außenwirtschaftlichen Einwirkungen und Hemmnissen emanzipieren, da er im Wettbewerb zum Kapitalismus und unter den Bedingungen des Kalten Krieges reagieren musste. »[...] dass wirtschaftliche Aktivitätsschwankungen in Zentralverwaltungswirtschaften [...] viel schwerer

wieder geglättet werden können«, hatten Gutmann/Buck als systemtypisch angemerkt.¹⁸⁶ Allerdings erleben wir gegenwärtig, dass die Aktivitätsschwankungen in der Marktwirtschaft – unter der neoliberalen Ägide der Wirtschaftspolitik – ebenso systemtypisch fortbestehen.

Steinitz hat im Anschluss an seine Analyse der DDR-Endzeit hervorgehoben: »dass sich die ökonomischen Probleme und Widersprüche im Verlaufe der achtziger Jahre äußerst zugespitzt haben, kann nicht primär aus den Startbedingungen und auch nicht aus den äußeren Bedingungen erklärt werden.«¹⁸⁷ Diese Auffassung wird von vielen kritischen Autoren gestützt, sollte jedoch im Rahmen der Existenzbedingungen der DDR objektiviert und analytisch durchleuchtet werden. Sicherlich dürfen die Hemmfaktoren im Innern des Systems nicht unterbewertet werden, aber ihre Genesis entsprang auch immer äußeren Zwangslagen. Wenzel räumt ein: »Äußere und innere Faktoren haben sich gegenseitig beeinflusst und überlagert.«¹⁸⁸

Wenzel hebt auf die gravierenden Wirkungen des außerökonomischen politischen Umfeldes für die Nachkriegs- und DDR-Entwicklung ab. Gemessen an den Belastungen des im Inland verwendeten Volkseinkommen infolge der negativen Preisrelationen im Außenhandel West wie Ost, infolge der hohen Zinsverpflichtungen im Westhandel und infolge der krassen Rohstoffverknappungen, die mit ihren investitionsseitigen Auswirkungen die Größenordnung von vielen Milliarden Mark provozierten, gewann der äußere Faktorenkreis eine faktische Dominanz unter den ökonomischen Hemmnissen der DDR-Wirtschaft. Die »Überlagerung« mit inneren, systemischen Hemmnissen ist damit auch anerkannt, bleibt aber vergleichsweise mit den äußeren potenziell zurück. Selbst die inneren Hemmfaktoren hatten ebenfalls eine gleichsam äußere Quelle im importierten Planungs- und Lenkungssystem der Zentralverwaltungswirtschaft, worauf Wenzel im dialektischen Sinne hinweist. Letztlich ergibt sich das Bild einer Verquickung der inneren und äußeren Hemmfaktoren, die aber

186 Gernot Gutmann / Hannsjörg F. Buck: Die Zentralplanwirtschaft der DDR – Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz. S. 15.

187 Klaus Steinitz: Wirtschaft bankrott? S. 91.

188 Siegfried Wenzel: Zur Rolle äußerer Faktoren für die ökonomische Entwicklung der DDR. S. 25.

unter einer historisch unzureichenden Anpassungsfähigkeit und Eindynamik litt und damit relativ »erstarrte« und versagte.

Steiner betont vordergründig: »Die außenwirtschaftlichen Entwicklungen verschärften zwar die Probleme, waren aber nicht deren Ursache.«¹⁸⁹ Die dramatische Systemkonkurrenz bei langjähriger technologischer Embargopolitik des Westens, gepaart mit militärischem Druck des Kalten Krieges zum übermäßigen Ressourcenverzehr im Rüstungswettlauf, wird von Steiner ausgeklammert.

Zu den außenwirtschaftlichen Entwicklungen zählte sicherlich auch die plötzliche großzügige Kreditpolitik westlicher Banken (nach der diplomatischen Anerkennung der DDR) zu Anfang der 70er Jahre. Sie hatte infolge der üblichen Marktzinsen rasch zu einer Überschuldung geführt. Tilgungen (plus Zinsen) konnten bald nur gegen neue Kredite bestritten werden, was eine Spirale der Devisen-Zins-Kredit-Strangulation auslöste. Dies traf dann auch auf andere RGW-Länder zu. Die politischen Führer der RGW-Staaten waren in eine ökonomische Zwangslage (»Refinanzierungs-Kreditfalle«) geraten, die nur zum Teil mit widersprüchlich-negativen Belastungen ihrer Binnenwirtschaften überwunden werden konnte.

Wenzel stellt überzeugend fest: »Die Zuspitzung der ökonomischen Situation der DDR im Zeitraum 1986 bis 1989 wurde hauptsächlich durch den dramatischen Bruch in der Preisentwicklung für Erdöl 1985/1986 ausgelöst.«¹⁹⁰ Steiner räumt ein: »Darüber hinaus veränderten sich aber für die DDR in den letzten zwei Jahrzehnten ihrer Existenz die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen radikal. Eines der Grundprobleme blieben die fehlenden Fortschritte bei der Arbeitsteilung innerhalb des RGW und der Integration der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer.«¹⁹¹ Die DDR geriet zwischen die äußeren Zwänge aus beiden Richtungen – West- und Osthandel – und gewann auch nicht mehr die systemische Flexibilität und innere Anpassungsfähigkeit, mit den gegebenen Einschränkungen und Belastungen aus den eigenen Fähigkeiten heraus rechtzeitig und zügig fertig zu werden.

189 André Steiner: Von Plan zu Plan – eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. S. 91.

190 Siegfried Wenzel: Die Rolle der Ökonomie im finalen Entwicklungsabschnitt der DDR. S. 17.

191 André Steiner: Von Plan zu Plan – eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. S. 225.

Hierin teilte sie das Schicksal anderer RGW-Länder im Gefolge des Kalten Krieges.

In der »Deutschen Wirtschaftsgeschichte« heißt es: »Innerhalb des RGW war die DDR der am höchsten entwickelte Staat mit dem höchsten Lebensstandard. Sie konnte allen Personen eine wirtschaftlich gesicherte Grundversorgung und Arbeitsplätze bieten. Im Gegensatz zur Bundesrepublik war sie in der Lage, die soziale Sicherheit aller Einwohner zu garantieren, Probleme mit Obdachlosen und Drogenabhängigen waren nahezu unbekannt.«¹⁹²

Die innere Auflösung der DDR wurde durch ihre politische Destabilisierung eingeleitet, die mit der »unvoraussehbaren« Maueröffnung die SED-Herrschaft machtpolitisch beendete, was allerdings durch den zu großen volkswirtschaftlichen Produktivitätsrückstand gegenüber Westdeutschland immens beschleunigt wurde. Jedenfalls wirkte die qualitativ gegenüber der alten BRD unterlegene und zuvor auch z. T. fehlgesteuerte Ökonomie (siehe Umweltmisere) auf die politische Krise der DDR-Führung 1989 stark verschärfend zurück. Grosser bemerkte sicherlich zutreffend: »Ohne die Konkurrenz des westlichen Modells wären die sozialistischen Länder 1989/1990 nicht zusammengebrochen [...] Hätte sich das gesamte sozialistische Lager der ökonomischen Systemkonkurrenz entziehen können, wäre Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Leistung der sozialistischen Systeme kaum zu einem gewichtigen Faktor der Destabilisierung geworden.«¹⁹³ Aber real gab es keine sozialistische Inselwelt, sondern einen erbitterten wirtschaftlichen und militärischen Systemwettbewerb bei bedeutend unterlegenen ökonomischen Potenzialen der sozialistischen Seite. Die DDR war durch die Nachkriegs-Reparationen und die Zeit der offenen Westgrenze nachhaltig geschwächt und konnte die daraus resultierenden Potenzialverluste später – unter den erheblichen Einwirkungen negativer Faktoren des Kalten Krieges in der Außenwirtschaft – nicht mehr ausgleichen. Ferner hemmten, zunehmend gegen Schluss, systeminterne Faktoren der Planwirtschaft.¹⁹⁴

192 Michael North (Hrsg.): Deutsche Wirtschaftsgeschichte – ein Jahrtausend im Überblick. S. 409.

193 Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. S. 66.

194 Klaus Steinitz: Wirtschaft bankrott?

Entscheidend für das rasche politische Ende als Staat war jedoch die Deutschlandpolitik Gorbatschows, die zur politischen Isolierung und Destabilisierung der DDR wesentlich beitrug, verbunden mit der abrupten Desintegration des RGW-Handels 1990.

Gegen Ende der DDR zeichnete sich eine schroffe Korrektur der Wirtschafts- und Einkommenspolitik zu Lasten des Massenverbrauchs als letztlich unvermeidlich ab. Die DDR hatte viel zu lange über ihre besonders von der Außenwirtschaft stark negativ beeinflussten Leistungsverhältnisse gelebt und litt zunehmend unter der permanenten Kreditzinslast in Devisen – wie alle RGW-Staaten. Nicht zuletzt verlor die DDR (als integrierter Teil des Warschauer Militärpaktes) politisch im Kalten Krieg gegen die NATO.

Die Bedingungen für einen sich beschleunigenden Niedergang der DDR-Wirtschaft reiften nach der Maueröffnung Ende 1989 rasch heran. Ausdruck und Schubkraft der inneren Systemkrise wurde die Währungsunion 1990. Allein im Juli (mit Beginn der Währungsunion) ging die Industrieproduktion um 30 Prozent-Punkte (!) zurück und landete bei 56 Prozent im Vergleich zum Dezember 1989, um dann noch weiter abzusinken.

Man muss jedoch den bekannten Tatsachen der verfehlten Transformationsökonomie Ost sachlich gerecht werden.¹⁹⁵ Dazu gehören auch schwerwiegende wirtschaftspolitische Fehler seitens der Bundesregierung anfangs der administrierten Vereinigungsökonomie, die oft noch wortreich bagatellisiert oder als unvermeidlich hingestellt werden. Doch Tatsachen bleiben ein hartnäckig Ding: Der Aufwertungsschock der Währungsumstellung 1990, verbunden mit der Okkupation des ostdeutschen Binnenmarktes durch westdeutsche Konzerne und Kaufhausketten, das Aushöhlen und dann auch Wegbrechen des östlichen Außenmarktes ab 1991 in Verbindung mit dem Zwang, gegen konvertible Währung zu liefern, bedeutete den Todesstoß für viele exportorientierte Kombinate und Betriebe.

Mit dem Währungsschock und der Aufgabe der Wechselkurshoheit der DDR im Zuge der Währungsunion ging die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie fast vollständig verloren. Generelle Praxis und Fehler der Treuhandanstalt haben diesen Effekt dann verstärkt bzw. bis zur

¹⁹⁵ Siehe auch Fritz Vilmar (Hrsg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik – kritische Bilanz und humane Alternativen. Berlin 2000.

radikalen Deindustrialisierung vertieft und danach ein angleichendes Aufholen strukturpolitisch nicht ausreichend abgesichert.

So wurde nach der Vereinigung aus Ostdeutschland eine Unterentwicklungsregion. Der anfängliche volkswirtschaftliche Aufholprozess Ost/West ist seit 1995/1996 abgebrochen und inzwischen nicht wieder bzw. nicht hinreichend vorangekommen. Es scheint, dass damit das Urteil der Geschichte über die Qualität der Vereinigungspolitik bereits gefällt wurde. »Seit der Wiedervereinigung fiel das durchschnittliche Wachstum der deutschen Wirtschaft deutlich niedriger aus und lag im Schnitt der letzten zehn Jahre nur noch bei 1,5 % pro Jahr«, teilte das Statistische Bundesamt am 5.09.2006 mit.¹⁹⁶ Dies hat, nach dem anfänglichen Vereinigungsboom der westdeutschen Wirtschaft, weniger mit den Nachwirkungen der angeblich »maroden DDR« als vielmehr mit den Fehlern der Vereinigungs- und Transformationspolitik zu tun.

¹⁹⁶ Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 559 vom 05.09.2006.
(<http://www.destatis.de>)

Anhang

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMGS	Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit
BMWI	Bundesministerium für Wirtschaft
BRD	Bundesrepublik Deutschland
DDR	Deutsche Demokratische Republik
IDH	Innerdeutscher Handel
M	Mark der DDR
NVA	Nationale Volksarmee (der DDR)
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (»Comecon«)
RM	Reichsmark
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
StBA	Statistisches Bundesamt
THA	Treuhandanstalt
VE	Verrechnungseinheit
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
VM	Valutamark

AUSGEWÄHLTE LITERATUR

- Blessing, Karl / Eckart Damm / Matthias Werner: Die Schulden des Westens – Wie der Osten Deutschlands ausgeplündert wird. 3. überarb. Aufl. Berlin 2006.
- Bollinger, Stefan (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR – zwischen Revolution und Selbstaufgabe. Berlin 2004.
- Grosser, Dieter: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion – politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln. [= Reihe Geschichte der deutschen Einheit. Bd. 2.] Stuttgart 1998.
- Heske, Gerhard: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. Neue Ergebnisse einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. In: Historical Social Research. Supplement No. 17. Zentrum für Historische Sozialforschung Köln. Köln 2005. – Siehe auch: Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland 1970 bis 2000 – Neue Ergebnisse einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. In: Historical Social Research. Vol. 30 (2005). Nr. 2. Köln 2005.
- Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1995/2: Quantitative Wirtschaftsgeschichte der DDR. Berlin 1995.
- Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1997/2: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung im internationalen Vergleich. Berlin 1997.
- Jarusch, Konrad Hugo / Martin Sabrow (Hrsg.): Weg in den Untergang – der innere Zerfall der DDR. Göttingen 1999.
- Karlsch, Rainer: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953. Berlin 1995.
- Karlsch, Rainer / Jochen Laufer: Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen [= Zeitgeschichtliche Forschungen Bd. 17.] Berlin 2002.
- Kuhrt, Eberhart in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig (Hrsg.): Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren. Bd. 2: Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren. Bd. 4: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Opladen 1996 und 1999.
- Kusch, Günter: Schlussbilanz – DDR; Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Berlin 1991.

- Pohl, Rüdiger (Hrsg.): Herausforderung Ostdeutschland – fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Berlin 1995.
- Roesler, Jörg: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990 – Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe. Leipzig 2006.
- Schröder, Richard: Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Vereinigung. Freiburg im Breisgau 2007.
- Schultz, Helga / Jürgen Wagener (Hrsg.): Die DDR im Rückblick. Berlin 2007
- Schürer, Gerhard: Das Ende der DDR-Wirtschaft. In: Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 6. Hrsg. v. Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek. Bonn Berlin 1996. S. 375–407.
- Schürer, Gerhard: Planung und Lenkung der Volkswirtschaft der DDR – Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung In: Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. [= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren. Hrsgg. von Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig. Bd. 4.] Opladen 1999. S. 61–98.
- Steiner, André: Von Plan zu Plan – eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. München 2004. – Aktual. u. bearb. Neuausgabe Berlin 2007.
- Steinitz, Klaus: Wirtschaft bankrott? DDR-Ökonomie Ende der achtziger Jahre. In: Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR – zwischen Revolution und Selbstaufgabe. Berlin 2004.
- Steinitz, Klaus: Das Scheitern des Realsozialismus – Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert. Hamburg 2007.
- Tesch, Joachim: Der Wohnungsbau in der DDR 1971–1990. Ergebnisse und Defizite eines Programms in kontroversen Sichten. Hefte zur DDR-Geschichte 70. Berlin 2001.
- Wenzel, Siegfried: Plan und Wirklichkeit – Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen. St. Katharinen 1998.
- Wenzel, Siegfried: War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende? In: Hefte zur DDR-Geschichte 52. Berlin 1998.
- Wenzel, Siegfried: Sozialismus gleich Mangelwirtschaft? In: Pankower Vorträge. Heft 14. Berlin 1999.

Wenzel, Siegfried: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz. Berlin 2000.

Wenzel, Siegfried: Die Rolle der Ökonomie im finalen Entwicklungsabschnitt der DDR. In: Die DDR zwischen Wende und Anschluss. Pankower Vorträge. Heft 20. Berlin 2000.

Wenzel, Siegfried: Was kostet die Wiedervereinigung? Berlin 2005.

Wenzel, Siegfried: Zur Rolle äußerer Faktoren für die ökonomische Entwicklung der DDR. In: Pankower Vorträge. Heft 70. Berlin 2005.

ZUM AUTOR

Diplomwirtschaftler Karl Mai, Jahrg. 1932

Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Bremen)

E.-Hübener-Str. 34, 06132 Halle/Saale

E-Mail-Adresse: kmai@halle.blue-cable.de